

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 A. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zahlstellen-Anzeigen die halbpaltene Kolonnen-Preis 60 A. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Kapitalismus und Arbeiterschutz.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Was im Interesse der Gesundheit und Lebenssicherheit der Arbeiter verlangt wird, bezeichnen die Industriellen und ihre Vertreter ganz systematisch als undurchführbar. Die Unternehmer erklären und erklären seit hundert Jahren, solange Arbeiterschutzmaßnahmen gefordert werden, jede, auch die primitivste und selbstverständlichsie Forderung für undurchführbar, für eine Gefährdung der Industrie, für eine Vernichtung ihrer Aussichten. So war es, als in England die ersten Kinderschutzgesetze vom Parlament verlangt wurden; so war es, als man die Arbeit von Kindern unter 9 Jahren in den englischen Kohlenruben verhindern wollte; so bei jedem Frauenschutzgesetz, so bei jeder Unfallverhütungsmaßregel. Wenn man die Plagen der Unternehmer und die sogenannten sachmännischen Gutachten, die sie immer wieder angeführt haben, gläubig hingenommen und berücksichtigt hätte, dann würden, wie vor der Zeit Kaiser Josefs II., in der österreichischen Textilindustrie noch sechs- und siebenjährige Kinder arbeiten, dann würden die Frauen zur Nacharbeit in industriellen Betrieben und in Bergwerken unter der Erde verwendet werden, dann würden die Gänge in den englischen Bergwerken noch so niedrig gehalten werden, daß nur kleine Kinder die Hunde stoßen könnten. Keine einzige Arbeiterschutzmaßregel ernstlicher Art ist von den Unternehmern gebilligt und zugestanden worden, jede mußte den Unternehmern abgerungen und abgezwungen werden, stets war ein Widerstand der Unternehmer zu überwinden, stets erklärten sie, daß man die Lebensbedingungen der Industrie immer wieder von neuem in Frage stelle durch die Maßnahmen, die im Interesse der Gesundheit der Arbeiter, im Interesse der Erhaltung der Lebenskraft der breiten Schichten der Bevölkerung, im Interesse der Arbeitsfähigkeit des Proletariats geheißt wurden.

Die Unternehmer haben immer — heute aber energischer als jemals vorher — einen schroffen Kampf geführt gegen alle, die Schutzmaßnahmen für die industriellen Arbeiter gefordert haben, nicht bloß gegen die Vertreter der Arbeiterinteressen, wie Gewerkschaftsorganisationen und politische Vertreter der Arbeiterklasse, sondern auch gegen die, die, ohne am Kampfe der Klassen beteiligt zu sein, aus wissenschaftlicher Ueberzeugung, aus der Erkenntnis der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und ihrer Gefahren für die gegenwärtige und kommende Generation, für die Wehrfähigkeit des Volkes, für seine Widerstandskraft gegen Volkskrankheiten usw. Schutzgesetze für die Arbeiter als nötig erklärten. Selbst gegen die Nationalökonomie der Universitäten, die in vorchristlicher Weise für zackte Eingriffe des Staates in den Produktionsprozess zugunsten der Arbeiter eintraten, wendeten sich die Unternehmer. Man weiß, in welcher schroffen Weise die nur zu oft lendenahme akademische Nationalökonomie von den Unternehmervereinen angegriffen wurde, noch kräftiger waren ihre Angriffe gegen die Aerzte und Hygieniker.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Aerzte die Schäden der Berufskrankheiten, die Wirkungen von langer gewerblicher Beschäftigung auf Lebensdauer und Krankheitsgefahr am besten erkennen konnten. In ihrer Praxis sahen sie nur zu häufig, daß das Leben vieler Mitglieder der Arbeiterklasse leicht erhalten worden wäre, wenn die Gefahren, die dem Arbeiter drohen, gemindert worden wären. Aus den Ergebnissen ihrer Praxis, aus mannigfachen Beobachtungen mußten sie zu dem Schluß gelangen, daß man die Freiheit der Ausbeutung den Unternehmern einengen müsse, daß man Gesetze schaffen müsse, die es den Unternehmern nicht mehr ermöglichen, mit der menschlichen Gesundheit breiter Schichten der Arbeitervölkerung bedenklichen Raubbau zu treiben und die Arbeiter schutzlos zu lassen. So haben die Aerzte und Hygieniker auf die schweren Gefahren aufmerksam gemacht, die den Arbeitern drohen aus der Verwendung giftiger Stoffe, wie es das Blei und der Phosphor ist. Sie haben auf die Gefahren der Staubbildung, der sonstigen Luftverschlechterung hingewiesen, sie haben auf mancherlei bedenkliche Folgen aufmerksam gemacht, die den Frauen der Arbeiter drohen, wenn sie bis zu ihrer Niederkunft gewerblich beschäftigt werden. So verdanken wir mannigfache Anregungen den Aerzten. Aerzte und Sozialpolitiker sind für den erhöhten Schutz der Frauen, sind für die Verbote der Kinderbeschäftigung für die Unterjagung der Nacharbeit, insbesondere der Arbeiterinnen und der Jugendlichen eingetreten. Andre haben wieder mit großem Eifer für gesundheitliche Einrichtung der Betriebe mit der Hervorhebung der hygienischen Mängel der Fabriken gewirkt, wiederum andre haben nachgewiesen, daß zahlreiche Gefahren vermieden werden könnten, wenn an Stelle gefährlicher Stoffe und Arbeitsmethoden Ersatzstoffe und andre Methoden angewendet würden. Weiter haben sie erklärt und ihre Meinung auch in andern Ländern erfolgreich vertreten, daß dort, wo die gefährlichen Stoffe, zum Beispiel bei der Herstellung von Bleiakumulatoren, vorläufig nicht vermieden werden können, durch eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit die auf den Körper eindringenden Gefahren vermindert werden können, so daß die Arbeiter vor den Schädigungen einigermaßen bewahrt würden. Aber alle diese Feststellungen der Aerzte wie der Sozialpolitiker, die vielfach zu gesetzlichen Schutzmaßnahmen geführt haben, sind den Unternehmern außerordentlich unangenehm.

Da sich die bisherigen Maßnahmen der Unternehmer und ihrer Organisationen zur Disziplinierung der wissenschaftlichen Begründer sozialpolitischer Maßnahmen mit der Zeit gar zu sehr abgenutzt haben, versuchen die Unternehmer jetzt eine ganz neue raffinierte Methode. Die Unternehmer und ihre Organisationen wollen nun die Forderungen der medizinischen, hygienischen und

sozialpolitischen Kongresse parieren, indem sie sich eigene Kongresse schaffen, in denen ihre Angestellten oder von ihnen sonst abhängige Personen sogenannte wissenschaftliche Gutachten abgeben sollen über die Notwendigkeit der Arbeiterschutzlosigkeit, die den Unternehmern so sehr am Herzen liegt. Die Unternehmer wollen, wie immer, auch jetzt wieder beweisen, daß aus technischen Gründen die Arbeiterschutzmaßnahmen nicht durchzuführen und die Arbeiterschutzforderungen abzuweisen sind. Dazu soll nun ein Kongreß dienen, der von den Gesellschaften der Industriellen für Unfallverhütung in Frankreich, Italien und Belgien einberufen wird und der als ein Kongreß für Unfallverhütung und Gewerbehygiene bezeichnet wird. Er soll nicht den Arbeitern dienen, sondern, wie schon die einberufenden Gesellschaften beweisen, den Unternehmern. Diesen will man eine neue Sicherung schaffen, daß keine Arbeiterschutzmaßregel durchgeführt werde. Wichtig ist die Feststellung, daß auf dem geplanten Kongreß die verschiedenen Streitfragen der Unfallverhütung und Gewerbehygiene ausschließlich vom technischen Standpunkt zur Erörterung gelangen sollen. Das heißt mit andern Worten, daß die Aerzte und die Sozialpolitiker von diesem Kongreß ausgeschlossen werden sollen, daß diesem Kongreß nur Techniker angehören dürfen, das heißt Leute, die bewußt oder unbewußt von den Unternehmern abhängen, die auch ihrer ganzen Erziehung und Entwicklung nach nicht die Arbeiterverhältnisse, sondern die Kapitalinteressen als entscheidend betrachten. Ganz ausdrücklich wird in dem Aufruf zu diesem Kongreß seine Notwendigkeit begründet mit der Tatsache, daß die bisherigen Kongresse, die diese Fragen erörterten, „lediglich der rein medizinischen Sache der Frage und dem Gebiet der Arbeiterversicherung gewidmet waren“. Wir haben es also hier mit einem Kongreß zu tun, der unter dem Vorgeben, Arbeiterinteressen zu wahren, im Wirklichkeit gegen die Interessen der Arbeiter, gegen die Notwendigkeit des Arbeiterschutzes wirken soll. Man wird natürlich bemüht sein, Personen für den Kongreß zu gewinnen, die auch Ansehen in der wissenschaftlichen Welt besitzen, die sich, ohne die Absichten und die Zwecke der Kongreßeinberufer richtig zu würdigen, aus allgemeinem Interesse an den Fragen der Gewerbehygiene an derartigen Vorbereitungen, Empfehlungen und Beratungen beteiligen wollen. Davor ist natürlich energisch zu warnen, nicht bloß im Interesse der Gewerbehygiene wie der Unfallverhütung, sondern auch im persönlichen Interesse aller, die an wissenschaftlichem Renommee und am Ruße unabhängiger Forschung etwas zu verlieren haben.

In Oesterreich wirkt für die Vorbereitung dieses Kongresses die „Zeitschrift für Gewerbehygiene, Unfallverhütung und Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen“, die ganz verächtlich als Untertitel eingestrichen muß, daß sie das „Organ der industriellen Korporationen und das Organ der gesamten Arbeitgeberenschaft für alle Fragen praktisch durchführbaren Arbeiterschutzes“ ist. Der Herausgeber dieser Zeitschrift, ein Herr Viktor Steiner, hat auch ein Handbuch der praktischen Hygiene und Unfallverhütung herausgegeben, das sich bei näherer Betrachtung als ein Reklameunternehmen für eine Anzahl Firmen erweist und dem der wissenschaftliche Charakter fehlt. Wer wirklich für Gewerbehygiene und Unfallverhütung ernstlich interessiert ist, wird sich hüten, den geplanten Kongreß zu unterstützen, weil er sich mitverantwortlich macht für alle Unternehmermaßregeln, die wenn auch verächtlich, gefordert werden sollen.

Wir haben die Ausführungen der „Wiener Arb.-Ztg.“ deshalb hier so ausführlich wiedergegeben, weil sie auf einen Vorgang aufmerksam machen, der tatsächlich die ernsteste Aufmerksamkeit der ehrlichen Freunde eines ausreichenden Arbeiterschutzes verdient. Ob die Beurteilung des geplanten Kongresses richtig ist, wissen wir nicht, aber das wissen wir, daß es in Deutschland Institute gibt, die sehr präventiv als wissenschaftlich nicht nur, sondern auch als neutral, objektiv und nach jeder Richtung hin unabhängig auftreten und doch nichts sind als Interessensvertretungen der Industrie. Es sind speziell die Unternehmer der chemischen Industrie, die sich den versteckten, unter dem Deckmantel der Wissenschaft betriebenen Kampf gegen den Arbeiterschutz etwas lösen lassen. Selbst Leute, die es mit der Wissenschaft und dem Arbeiterschutz ernst meinen, werden durch die raffinierte Taktik der chemischen Kapitalisten irre geführt. Vorläufig mögen diese Andeutungen genügen, zu gegebener Zeit werden wir deutlicher werden.

Genossenschaftliches.

Die Neutralität der Deutschen Genossenschaften.

Von Zeit zu Zeit fühlen sich Leute berufen, väterlich mahnend, man soll auch für den Genossenschaftler zugreifen: „Rebrett nicht die Neutralität.“ Und da leider unter den organisierten Arbeitern die Zahl der genossenschaftlich organisierten und vor allem der über Wesen und Zweck der Genossenschaften aufgeklärten noch recht gering ist, so ist es nur allzu begreiflich, wenn der Verdacht bei vielen rege wird: „In den Genossenschaften muß doch manches nicht ganz in Ordnung sein! Ueberneutral — das muß ja eine ganz böse Sache sein!“ Und da man, solange Sachkenntnis das Urteil nicht trübt, am sichersten verdammen kann, kritisieren sie „mit gebührender Schärfe“ mit.

Sehen wir uns das Ding einmal etwas näher an! Zunächst wollen wir als Genossenschaftler nicht vergessen, daß noch vor nicht allzu langer Zeit auch gegen die Genossenschaften bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit der Vorwurf „übertriebener Neutralitätsaufreißerei“ erhoben wurde. Als dann August Reibel

seine gewichtige Stimme und seine zwingenden Gründe für die Neutralität der Genossenschaften in die Waagschale warf, verstummte alsbald der größte Teil der Kritiker und dem Rest nahm die trotz seiner Kritik unaufhaltsame Entwicklung der neutralen Genossenschaften den Atem. Heute sind es nur noch ganz bedeutungslose Kritiker, die gelegentlich einmal rückfällig werden, aber keine Beachtung mehr finden.

Was für die Genossenschaftsbewegung zutrifft, gilt in verstärktem Maße für die Genossenschaftsbewegung. Von den gesellschaftlichen Hindernissen, die den genossenschaftlichen Zentralorganisationen bis zu einem gewissen Grade politisch Neutralität auferlegten, sind die meisten inzwischen durch die Gesetzgebung hinweggeräumt, andre durch die Praxis unwirksam gemacht; die Genossenschaften denken aber trotzdem nicht daran, jene Neutralität, die sie einst wahrten, als „man“ sie für einen Fehler erklärte, nun aufzugeben, da „man“ in ihr eine Selbstverständlichkeit erblickt. Das hindert sie natürlich durchaus nicht, zu politischen Fragen, die sie und ihre Mitglieder angehen, Stellung zu nehmen und die Stellungnahme der einzelnen politischen Parteien zu solchen Fragen zu kontrollieren und zu kritisieren, was ebenso seitens der Genossenschaften in geeigneter Form geschieht. Aber solche Maßnahmen entsprechen nicht dem Wesen der Genossenschaften und bilden nicht ihren Zweck, sondern es sind nur Reflex- und Abwehrbewegungen, die bedingt werden durch die Tätigkeit dritter, die das Wesen und den Zweck der Genossenschaften zu beeinflussen, zu fördern oder zu schädigen geeignet und bestimmt sind.

Wenn die Genossenschaften sich gegen gesetzgeberische Angriffe auf das Koalitionsrecht zur Wehr setzen, wenn sie zur Bekämpfung koalitionsfeindlicher Parteien übergehen, so ändert das an ihrer politischen Neutralität an sich nichts. Denn all diese ihre Maßnahmen sind nicht ein Ausdruck ihres Wesens, sondern eine Folgeerscheinung des Wesens jener gesetzgeberischen Pläne und der einzelnen Parteien.

Bei den Genossenschaften wird die Neutralität, die gewissen Leuten nicht behagt, wie sie ihnen und andern einst bei den Genossenschaften nicht gelte, in erster Linie durch das Gesetz bedingt. Und ihnen gegenüber ist das Gesetz ungleich wirksamer, als gegenüber den Genossenschaften. Diesen konnten und können wohl Nadelstiche, mitunter vielleicht recht empfindliche, versetzt werden, — den Genossenschaften aber kann mit einem Federstich der Garaus gemacht werden. Und das bedeutet nicht nur eine mittelbare Schädigung der Mitglieder durch Fortfall der Vorteile des genossenschaftlichen Warenbezuges, sondern obendrein infolge der unvermeidlichen geschäftlichen Katastrophe Verlust ihres Anteiles und event. der Passivsumme, also schweres wirtschaftliches Unglück. Hier liegt also ohne weiteres der Zwang vor, alles möglich zu meiden, was den Gegnern der Genossenschaften — und ihres Zahl ist! — die gesetzliche Handhabe bieten könnte, ihnen das Lebenslicht auszublasen. Das Genossenschaftsgesetz bestimmt im § 81: „Wenn eine Genossenschaft sich gegenwärtiger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, oder wenn sie andre, als die in diesem Gesetze bezeichneten Zwecke verfolgt, so kann sie aufgelöst werden, ohne daß deshalb ein Anspruch auf Entschädigung stattfindet.“ Die „im Gesetze festgelegten Zwecke“ sind, wie bereits früher erläutert wurde, ganz fest begrenzt, rein wirtschaftliche, unpolitische. Das letztere direkt verboten sind, erweist § 149, welcher besagt: „Mitglieder des Vorstandes werden mit Geldstrafe bis zu 600 M. bestraft, wenn ihre Handlungen auf andre als die in § 1 erwähnten geschäftlichen Zwecke gerichtet sind, oder wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind, deren Erörterung unter die Zwecke über das Versammlungs- und Vereinsrecht fällt.“

Danach liegt klar auf der Hand, welche Grenzen den Genossenschaften gezogen sind. Dieser Lage ging eine Notiz durch die deutsche Arbeiterpresse, in der über Differenzen berichtet wurde, die in der holländischen Genossenschaftsbewegung ausgebrochen sind, weil ein Teil der Genossenschaftler eine direkte finanzielle Unterstützung der sozialdemokratischen Partei ablehnte. Es wäre sehr wertvoll gewesen, wenn bei dieser Gelegenheit bündig darauf hingewiesen worden wäre, daß in Deutschland eine solche Unterstützung überhaupt nicht diskutabel ist. Damit würde man bei manchem unklugen Arbeiter unnütze Grübelereien und Streitereien verhüten haben! Ein jeder derartige Versuch wäre gleich bedeutend mit der Selbstvernichtung der aufblühenden deutschen Genossenschaftsbewegung. Es zeugt deshalb auch von geringer Einsicht und Verantwortlichkeitsgefühl, wenn oberflächlich, ohne jeglichen Kommentar, darauf hingewiesen wird, daß die österreichischen Genossenschaften erhebliche Geldmittel zu Wahlzwecken der sozialdemokratischen Partei hergegeben haben. Soll das etwa bedeuten, daß man in Deutschland hingehen und desgleichen tun möge, so kommt das einer Empfehlung des Selbstmordes gleich. Und dazu haben die, welches neues, gesundes Leben schaffen, wirklich keine Veranlassung und Neigung.

Es ist überdies mehr als fraglich, ob eine andre Haltung der Genossenschaften, wenn jene gesetzlichen Hindernisse nicht beständen, zweckmäßig wäre. Sowohl in Genossenschafts- wie in Parteitreuen gibt es viele erprobte und urteilsfähige Leute, die das strikte verneinen. Und das aus guten Gründen! Auf dem internationalen Sozialistenkongreß zu Kopenhagen ist darüber eingehend diskutiert worden. Für den Praktiker ist zunächst das Ergebnis der Praxis am interessantesten. Und das Resultat der Genossenschaftsbewegung, die sich des neutralen Charakters entkleidet hat, ist wahrlich nicht danach anzusehen, Nachahmung zu werden. Man braucht dem Eifer und den Leistungen der Genossen in den andern Ländern, die auf diesem Wege marschieren, gar nicht zu nahe zu treten, und wird doch erklären müssen, daß sie Vorbildliches, daß sie irgend etwas, das die „neutralen“ Länder — zum Nutzen der Gesamtarbeiterschaft! — nicht besser vollbracht, nicht geleistet haben. Ja, an manchen Orten ist ganz offensichtlich der Mangel an Neutralität die Ursache bellagender wercer Unruhenarbeit und Ohnmacht. Das ist auch ganz begreiflich. Eine Bewegung, die so sehr mit der Allmacht des Kapitals zu kämpfen hat, wie die Genossenschaften, kann nur bestehen, wenn sie ihre Kräfte möglichst weit spannt, sie muß zur Leistungsunfähigkeit und Bedeutungslosigkeit verdammt bleiben, wenn sie sich selbst verkümmernde Beschränkungen auferlegt. Daran ändert auch die Phrase nichts, daß ein kleines Häuflein „liebverwundener“ Leute immer noch besser sei als eine große Masse Unausgeklärter. Hätte die Genossenschaftsbewegung danach gehandelt, dann wäre sie heute noch einfluß- und kraftlos und könnte sich höchstens mehr gloriereicher Niederlagen als Siege rühmen. Sie hätte auf die Dauer auch nicht Genüge an dem schon klingenden Trost, daß „jene Niederlage den Reim künftigen Sieges in sich birgt“, dieneil es immer angenehmer ist, wenn ein Sieg des andern Folge ist. Wie die Genossenschaften, so bedürfen in noch weit höherem Maße die Genossenschaften der Massen! Und wie die Genossenschaften mit vollem Recht jede Zerplitterung der Kräfte aus religiösen oder poli-

tischen Motiven als eine Schädigung ihrer Interessen, der Interessen der Gesamtarbeiterklasse, ansehen, so erst recht die Genossenschaften! Und darum werden um ihrer selbst willen und im wohlwollenden Interesse aller ihrer Mitglieder die Genossenschaften gleich den Gewerkschaften sich nicht in den Dienst von Seiten und Parteien stellen!

Sie werden das nicht tun im eigenen Interesse! Etwas anderes läge aber auch nicht im Interesse der Partei. Weder diese noch die Gewerkschaften würden irgendwelchen Vorteil von dem Aufgeben der Neutralität der Genossenschaften haben. Für die Partei wäre es geradezu ein Verderb, wenn ihr Säckel aus den Kassen der Genossenschaften gespeist würde. Eine politische Partei ist einzig und allein das Werk einer bestimmten Ueberzeugung. Die Opfer, die sie fordert, sollen Opfer der Ueberzeugung sein, die jeder nach seiner Kraft und der Größe seiner Ueberzeugung zu bringen hat. Reichen die Mittel der Partei nicht aus, dann erhöhen ihre Mitglieder eben ihre Leistungen; aber sie werden nicht wünschen, daß alle Welt, Heid und Christ, ihnen dieses Opfer abnimmt. Insbesondere wir deutschen Arbeiter sind von der Erkenntnis durchdrungen, daß wir den politischen und wirtschaftlichen Kampf nur mit Erfolg führen können, wenn jeder einzelne Opfer bringt, und diese gesunde, den Sieg verbürgende Erkenntnis wollen wir uns doch um keinen Preis durch ein Verlassen auf Hilfe von dritter Seite, mag sie uns noch so nahe stehen, träben lassen!

Jedem liegt es eine politische Partei, die Kampfmittel aus genossenschaftlichen Einrichtungen zieht, auf eine ganz ungewisse Grundlage. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Erträge der Genossenschaften schwanken. Das hängt mit der Konjunktur, mit dem Resultat der Ernten, mit der Steuererhebung, mit der Geschicklichkeit der Leitung und hundert anderen Dingen zusammen. Es hängt letzten Endes auch von der unberechenbaren Zusammensetzung und Beschlußfassung der Genossenschafterversammlung ab. Weder einer Partei noch einer Gewerkschaft scheint es uns würdig, ihre Finanzkraft und Schlagfertigkeit auch nur im entferntesten von so viel Zuverlässigkeit abhängig zu machen.

Jedem liegt in der Verwendung genossenschaftlicher Mittel zu politischen Zwecken ein offenkundiges Unrecht gegen den einzelnen. Wir verlangen vom Staate, von der Gesetzgebung mit Recht Schöpfung der schwachen Schultern, der großen Familien. Deshalb protestieren wir auch gegen die Bestimmung der Konjunkturvereine, vor allem gegen die Umsatzsteuer, weil sie eine Strafe für den wirtschaftlich Schwächsten, eine ungerechte Beerdigung der Haupter großer Familien darstellt. In dem Augenblicke aber, wo wir die Einlaufersparnisse der Konjunkturvereinsmitglieder politischen Zwecken dienstbar machen, tun wir das, was wir an andern mit Zug tabeln: Wir laden dem die höchste Parteibeiträge auf, der den größten Umsatz hatte, also dem Familienvater, der ohnehin unglücklicher gestellt ist, als die andern. Und indem wir in Rücksicht auf die Zuschüsse der Konjunkturvereine die Beiträge recht niedrig halten, schonen wir Leute, die leistungsfähig sind, auf Kosten der Armen, schonen Leute, die dem Konjunkturverein vielleicht nicht einmal angehören, als Junggeheulen usw., auf Kosten der Konjunkturvereinsmitglieder, z. B. schlechthinloser Haushaltsvorstände. Wir werfen damit unsere eigenen Steuergrundzüge, die wir der Gesetzgebung aufzudrängen möchten, einjagend über den Haufen!

Nach alledem haben wir in Deutschland nicht die mindeste Ursache, an dem bestehenden Zustand etwas zu ändern. Wir befinden uns an der Neutralität der Genossenschaften, die zudem dem Geiste entspricht, außerordentlich wohl; wir geben unserer politischen Partei, was sie braucht, der einzelne aus seiner eigenen Tasche, wie das der Behandlung einer politischen Ueberzeugung gemäß ist; wir organisieren die Arbeiter genossenschaftlich, ohne nach ihrer religiösen und politischen Gesinnung zu fragen, weil die Produktivitätsinteressen aller Arbeiter gleich sind, und wir erreichen dadurch wesentliche Verbesserungen der sozialen Lage der Gesamtarbeiterklasse, und wir organisieren die Konjunkturvereinsmitglieder, wiederum ohne Rücksicht auf ihre politische und religiöse Ueberzeugung, auf Name, Rang und Stand, weil alle Konjunkturvereinsmitglieder das gleiche Interesse haben, ihren Bedarf so billig wie möglich zu decken und sich gegen Ausbeutung durch monopolistische Bestrebungen und Beherrschung der Warenverteilung zu schützen, soweit nicht ihre Existenz auf letztere beruht. So haben wir nach drei Seiten die Selbsthilfe organisiert, bezw. der Arbeiter in ganz besonderer Maße Bedarf.

Kann fordern aber die ganz geistlichen Leute, denen die Genossenschaften „abernurmal“ dünnten, daß diese noch mehr als bisher ihre Jungenschaft zu moderner Arbeiterbewegung beizubringen sollen. Wie sie das machen sollen, vermag freilich keiner der Klagen. Das zu sagen, wäre auch erheblich schwieriger, als einfach Behauptungen auszusprechen. Was sollen die Genossenschaften tun? Wir als Gewerkschafter und Genossenschaftler müssen zur Gewissheit, daß es wirklich wertlos ist, dreimal täglich überlaut der Mittel zu verhandeln: „Der und der bin ich, und so und so denke ich, so und so stelle ich mich zu dieser und jener Sache!“ Dieses ewige Riterli wird auf die Dauer auch langweilig! Ein altes köstliches Sprichwort lautet:

Sagen sie Stank! —
Denn is' Dank!

Wenn nicht die Tat redet, dann müssen alle schönen Worte nichts! Und ist denn die Wirklichkeit der Genossenschaften, die hier für uns in Frage kommen, etwa auch nur in einem Zeile so geartet, daß die Gesamtanerkennung durch sie sich nicht in sich selbst finden könnte? Gewiß — was die Genossenschaften betreffen, ist nicht politischer Kampf, ist wie v. Elm in Leipzig besonders hervorzuheben, nicht Klassenkampf, aber Blick nicht ohne sein, vor jenen wackeligen, diese Lehren sind für uns nichts, sie sind für uns gleichgültig! Der Sozialist, der Klassenkampf ist in der Bestimmung seiner Ziele sicherlich nicht bedauerlich, daß die Genossenschaft seinen Fortschritt zu einem demütiglichen Teile der proletarischen Arbeiterbewegung anerkennen, daß sie Regel und Ordnung in ihrem Handeln haben, daß sie ihren Fortschritt für die Zeiten der Not zu schaffen wissen, daß sie Lohn- und Arbeitsbedingungen kennen, die mit der genossenschaftlichen Organisation vereinbar sind und als vordringlich begehrt werden können, daß sie ihren Arbeitern das Recht der Meinung und ihrer Forderung gewähren, daß sie durch Zusammenfassung der Kräfte an eine wirksame Forderung der Arbeiterbewegung — Gesamtheit — herantreten und in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften gegenwärtig und eigenem Kampf dazu beitragen, am Besten der Arbeiterbewegung, das an Genossenschaftler heranzuführen!

Das ist alles nicht! Sozialdemokratie ist keine mit einem Parteiprogramm gekennzeichnete Lehre, aber man sollte doch meinen, jeder Sozialdemokrat sollte sich von Fragen lösen, daß für eine Erklärung der Kräfte kein Raum ist, ungenügend und von dem ungenügend, was er tut, und in diesen Fragen als ungenügende Forderung an den Genossenschaftler kommt. Er sollte sich der Kraft der Arbeiter, die aus dem Leben des Kampfes und ihrer eigenen Ueberzeugung in wachsendem Maße zum Bewusstsein kommen, diese ungenügende Arbeit im Geiste eines Genossenschaftlers zu machen, nicht nur als ein wichtiges Mittel zum Zweck, sondern auch als ein wichtiges Mittel zum Zweck, das die Arbeiterbewegung zu einem demütiglichen Teile der proletarischen Arbeiterbewegung anerkennen, daß sie Lohn- und Arbeitsbedingungen kennen, die mit der genossenschaftlichen Organisation vereinbar sind und als vordringlich begehrt werden können, daß sie ihren Arbeitern das Recht der Meinung und ihrer Forderung gewähren, daß sie durch Zusammenfassung der Kräfte an eine wirksame Forderung der Arbeiterbewegung — Gesamtheit — herantreten und in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften gegenwärtig und eigenem Kampf dazu beitragen, am Besten der Arbeiterbewegung, das an Genossenschaftler heranzuführen!

Die deutsche Genossenschaftsbewegung wird national sein, dem von uns angebotenen Sinne über die Arbeiterbewegung. Und es ist ein Genossenschaftler in Deutschland, dessen Tätigkeit nicht nur in dem oben erwähnten Genossenschaftsbewegung, sondern auch in der Arbeiterbewegung, die mit der Arbeiterbewegung vereinbar sind und als vordringlich begehrt werden können, daß sie ihren Arbeitern das Recht der Meinung und ihrer Forderung gewähren, daß sie durch Zusammenfassung der Kräfte an eine wirksame Forderung der Arbeiterbewegung — Gesamtheit — herantreten und in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften gegenwärtig und eigenem Kampf dazu beitragen, am Besten der Arbeiterbewegung, das an Genossenschaftler heranzuführen!

Wie sie lügen!

Es sollen die Reichsvereinsleiter wissen, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland nicht nur eine Genossenschaftsbewegung ist, sondern auch eine Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung ist die Gesamtheit der Arbeiter, die sich zur Verbesserung ihrer Lage zusammenschließen. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Teil der Arbeiterbewegung, die sich zur Verbesserung ihrer Lage zusammenschließen. Die Arbeiterbewegung ist die Gesamtheit der Arbeiter, die sich zur Verbesserung ihrer Lage zusammenschließen. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Teil der Arbeiterbewegung, die sich zur Verbesserung ihrer Lage zusammenschließen.

Weise ihre Schmutzblätter der Lüge über die Arbeiterklasse ausgießen, ist die unter der Parole „Mit Gott für König und Vaterland“ fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende „Landeszeitung für das Königreich Sachsen“.

Dieses Blatt beschäftigt sich in seiner Nr. 22 in einem Artikel „Eine sozialdemokratische Machtprobe“ mit dem vor einiger Zeit bei den Farbenfabriken Baur-Rabebeul ausgetragenen, inzwischen aber beendeten Streik. In diesem Artikel leistete sich die mit „Gott“ lämpfende Schimpfmaschine derart plumpe, der Wahrheit direkt ins Gesicht schlagende Verleumdungen und Verrentungen der Tatsachen, daß solches Gebahren unter allen Umständen niedriger geklagt werden muß. Die „Landeszeitung“ schreibt folgendes:

„Eine sozialdemokratische Machtprobe.“

Ein jetzt beendeter fünfwöchiger Streik in der Farbenfabrik von Baur in Rabebeul-Dresden zeigt wieder einmal deutlich, daß der sozialdemokratische Machtkampf nur Elend über die Arbeiter bringt, die so tüchtig sind, sich der Diktatur der roten Gewerkschaften zu fügen, und zeigt weiter, welche geringer Wert Tarifverträgen der beizumessen ist. Für die erwähnte Farbenfabrik besteht ein Lohnvertrag, der bis zum Mai 1912 festgelegt und von der Arbeiterklasse sowie vom sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband anerkannt worden ist.

Verdreht und auf den Kopf gestellt Ueber das Geschehen von der roten Diktatur und dem Elend, in welches die am Streik beteiligten Arbeiter kommen, brauchen wir nicht zu reden, da derartige Mägen schon oft und nachdrücklich zurückgewiesen sind. Der angelegliche Tarifvertrag ergibt nur im Gebirge des Artikelschreibers, in Wirklichkeit nicht. Er konnte auch vom „sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband“ nicht anerkannt sein, weil die Firma bei der vorjährigen Lohnbewegung die Vermittlung der Organisationsleitung ablehnte. Was besteht, ist ein von der Firma aufgestellte Lohnkatal, der sich die Arbeiter unterworfen haben. Eine derartige Aufstellung als Lohnvertrag hinzustellen, dazu gehört nicht nur eine große Portion Unwissenheit in wirtschaftlichen Dingen, sondern auch eine große Portion Böswilligkeit und niederträchtige Verleumdung.

Das Blatt elaboriert weiter:

„Seit Jahren ist in der Fabrik ein Arbeiter zur Zufriedenheit der Fabrikleitung tätig. Als der betreffende in diesem Jahre von seinem Ferienurlaub zurückkehrte, war seine Maschine, die nicht solange still stehen konnte, inzwischen von einem andern Arbeiter besetzt worden. Dem Ferienurlauber wurde daher ein anderer durch Todesfall erledigter Posten übertragen, und zwar bei gleichem Lohnsatz. Der Ferienurlauber aber weigerte sich, diesen Posten, den der verstorbene Zuhörer 15 Jahre besetzt hatte, anzunehmen, indem er erklärte, lieber aufhören zu wollen. Der Meister war damit einverstanden. Das Arbeitsverhältnis galt somit für sofort gelöst, da die Arbeiter in dem betreffenden Betriebe ohne gegenseitige Kündigung eingestellt werden.“

Dieser Vorgang spielte sich früh 1/2 Uhr ab. Schon eine Stunde später erklärte der Arbeiterausschuß der Fabrikleitung, daß er die Verhandlung des entlassenen Arbeiters als Maßregelung betrachte, obwohl nicht die geringsten Streitigkeiten mit dem Manne vorausgegangen waren.“

Hier hat die königliche Währungsbehörde einfach alles das weggelassen, was zur Beurteilung der Sachlage dienen kann. Der betreffende Arbeiter war allerdings längere Zeit im Betriebe beschäftigt. Um so unverständlicher wird aber gerade das Verhalten der Firma diesem Arbeiter, dem sie selbst das beste Zeugnis gibt, gegenüber. Erklärlich wird die Sache allerdings, wenn man weiß, daß der betreffende Vorkämpfer im Arbeiterausschuß war, und somit die Interessen seiner Kollegen zu vertreten hatte. „Die Maschine sei während der Ferien von einem andern Arbeiter besetzt worden, weil sie nicht solange leer stehen konnte“, sagt das Blatt, wohl um zu beweisen, daß die Ueberweisung der andern Arbeit gerechtfertigt war. Die Vertretung geschah aber bisher immer nur ausführend, weshalb in diesem Ausnahmefalle die Arbeiterklasse zu der Auffassung kommen mußte, daß hier etwas ganz Außergewöhnliches vor sich gehe.

„Dem Ferienurlauber wurde ein durch Todesfall erledigter Posten übertragen“, schreibt das Blatt, vergißt aber hinzuzufügen, daß sich der Todesfall bereits am 1. April d. J. ereignet hat, und der Posten inzwischen längst wieder besetzt war. Wichtig ist aber, daß sich kein Arbeiter bei der in Frage kommenden Befähigung (Harzbestimmung) wohlhabte, weil sie gesundheitsgefährlicher als die übrige im Betriebe vorzunehmende Arbeit ist. Durch den Hinweis, daß der Verstorbene diesen Posten fünfzehn Jahre besetzt hat, versucht man nachzuweisen, daß die Arbeit nicht ungesund ist. Man hätte aber hinzufügen müssen, daß der Arzt Verhinderung der inneren Organe als Todesursache festgestellt hat, und daß zur selben Zeit, wo die Angelegenheit sich abspielte, ein andrer Arbeiter der Abteilung bedenklich an einer Halsentzündung erkrankt war, dem der Arzt den dringenden Rat gab, die Arbeit zu wechseln.

Und eine derartige Arbeit wollte die Firma einem Arbeiter, von dem sie selber zugibt, daß er sich durch die Arbeit an den Maschinen eine Herberkrankung zugezogen habe, übertragen! Warum sagt die wahrheitsliebende Partei von alledem nichts? Weil sonst ihr Schwindel auf den ersten Blick entlarvt wäre.

„Mit dem Manne waren nicht die geringsten Streitigkeiten vorgekommen“, sagt die „Landeszeitung“ der Wahrheit zuwider. Sie läßt einfach den ganzen Konfliktsummi weg, weil sonst ihre Malträtierung der Wahrheit allzu offensichtlich würde. Der Konflikt nahm seinen Anfang, als die Arbeiterklasse der Firma die Forderung auf Freigabe des ersten Mai durch die Verhandlungsleitung übermitteln ließ. Bei den Verhandlungen, die mit dem Ausschuss geführt wurden, ließ die Firma durchblicken, daß sie gegebenenfalls die Konsequenzen aus dem Verhalten der Arbeiter ziehen werde. Die Arbeiter folgten trotzdem; es ergab sich zunächst auch nichts, bis am 1. Juni folgender Hinweis für das Protokollbuch des Arbeiterausschusses einlief:

Ausflug der Firma Baur vom 6. Juni 1911.

Der am 1. Mai seitens der gesamten Arbeiterklasse mitvollig beantragte Streik veranlaßt uns, das bisher bewiesene Wohlwollen einzuziehen und bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß für dieses Jahr

1. der Todesfall-Frei-Vertrag nicht dazu gehöriger Vergütung von 3 Mk. pro Mann,
2. jedwede Lohnnachgratifikation,
3. die Einwilligung von Vorständen

wegfallen. Falls nächstes Jahr wieder der gleiche Streik beantragt werden sollte, behalten wir uns weitere Schritte vor, im andern Falle treten im nächsten Jahre die bisher genossenen Vergünstigungen wieder in Kraft.

Rabebeul, den 6. Juni 1911. O. Baer.

Man wolle also die Arbeiter wirtschaftlich schädigen, weil sie von ihrem Recht Gebrauch gemacht hätten. Und da sagt das Organ: Es war nicht der geringste Streik vorausgegangen. Der Entlassene war aber nicht so anständig, die Firma auf die Folgen aufmerksam zu machen, was ihm ganz besonders angeht, indem man eine Drohung daraus herleitet, wie das Nachfolgende beweist:

„Eine Stunde später erschien der Entlassene wieder im Fabrikinterior und ließ sich dem Chef gegenüber zu der Drohung hinsetzen, daß die gesamte Arbeiterklasse in Dresden treten würde, wenn man ihn nicht auf seinen alten Posten wieder einstelle. Daraufhin wurden alle weiteren Verhandlungen mit ihm abgebrochen. Am Nachmittag erschien der Streik der sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbände, Baur in Dresden. Die Fabrikleitung machte darauf folgenden Einigungsversuch:

1. Das Unternehmen sollte als nicht geschlossen betrachtet werden, wenn der Entlassene wegen eines ungenügenden Beschlusses am Entlassungstage tritt;
2. sollte er den ihm übertragenen Posten sofort übernehmen.“

Nach in letzter Minute versuchte die Arbeiterklasse — in erster Linie der Entlassene —, die Sache in Frieden beizulegen. Er erklärte, auf die Befähigung in der alten Arbeit verzichten zu wollen und den neuen Posten anzunehmen, wenn die Firma für die schmutzige und gesundheitsschädliche Arbeit eine Zulage gewähren würde. Ein durchaus billiges Verlangen, das aber die Firma bests ablehnte und nur eine eventuelle Zulage für die Zukunft in Aussicht stellte. Dieses mehr als fragwürdige Angebot lehnte die Arbeiterklasse einstimmig ab. Dazu schreibt das folgende Blatt:

Der sozialdemokratische Verbandsvorstand und seine Organisationsleiter erklärten sich gegen die Arbeiterklasse, die am 1. Juni 1912 festgelegt

tarifvertrag hinweg und forderten, daß für den neuen Posten des Entlassenen erst ein höherer Lohn gewährt werden müsse. Um des lieben Friedens willen erklärte sich die Fabrikleitung bereit, eine Lohnerhöhung in Aussicht zu stellen, wenn sich der Arbeiter auch auf seinem alten Posten bewähre; auch sollte er den Posten durchaus nicht dauernd beibehalten. Trotz diesem Entgegenkommen wurde die Fabrikleitung einer Antwort überhaupt nicht gewürdigt. Es erfolgte vielmehr nach der Mittagspause die Arbeitsüberlegung der gesamten Arbeiterklasse.

Gelungen wie gedruckt. Da ein Tarif nicht bestand, konnte sich kein Mensch über diesen hinwegsetzen. Eine ganz niederträchtige Lüge, die alle andern noch in den Schatten stellt, ist die Behauptung, daß die Firma keiner Antwort gewürdigt wurde und die Einstellung der Arbeiter plötzlich erfolgte. Tatsache ist, daß der Sekretär des verhassten Fabrikarbeiterverbandes der Firma den Beschluß der Arbeiter persönlich übermittelte hat, was auch von der Firma bei den späteren Verhandlungen, die mit einem Unparteiischen erfolgten, ausdrücklich anerkannt worden ist.

„Dant dem Machtkampf der sozialdemokratischen Streikleitung waren also dreißig Arbeiter fünf volle Wochen brotlos geworden. Erst dann sah sich der sozialdemokratische Fabrikarbeitersekretär veranlaßt, den Beschluß der Fabrikleitung zu billigen, monach fünf Arbeiter sofort und fünf innerhalb acht Tagen zu den bisherigen Lohnsätzen wieder eingestellt wurden. Da inzwischen Arbeitswillige genug hätten eingestellt werden können, besteht für zwei Drittel der Entlassenen wenig Aussicht auf Wiedereinstellung. Der Streik endigte also mit einem kläglichen Fiasko, gleichwohl besaß die sozialdemokratische Streikleitung den Mut, in Nr. 212 vom 2. August des „Dresdner Anzeigers“ zu schreiben: „Es ist nicht richtig, daß die Arbeiter nichts erreicht haben!“

greint die Vaterlandskämpferin dann weiter.

Auf welcher Seite der Machtkampf vorhanden war, wird der aufmerksame Leser selbst beurteilen können; jeder aber, der von Wirtschaftskämpfen auch nur das geringste versteht, wird wissen, daß die Arbeiter während eines Streiks nicht brotlos sind. Die Unternehmerorgane vom Schläge der „Landeszeitung“ heulern ja in andern Fällen immer über die gut gefüllten Streiklisten der Gewerkschaften. In solchen Fällen, verehrte Ägentalente, erben den Arbeitern aus diesen allerdings gutgefüllten Kassen Unterstufungen gezahlt. Das könnte dem Unternehmertum und dem verwandten Preßgötter so passen, wenn dann in solchen Fällen die Arbeiter der Not überantwortet würden.

„Erst dann sah sich der sozialdemokratische Fabrikarbeitersekretär veranlaßt, den Beschluß der Fabrikleitung zu billigen.“ Ja, wann wurde denn der Beschluß gefaßt? Es muß betont werden, daß von der Organisation mehrere Male Verhandlungen angebahnt wurden, die aber immer daran scheiterten, daß die Firma keinen oder nur sehr wenige der Ausständigen wieder einstellen wollte. Erst nachdem sich eine Einwohnerversammlung in Rabebeul mit dem Streik beschäftigt hatte und das graphische Kartell von Dresden und Umgegend Anstalten machte, der Sache mehr Aufmerksamkeit zu schenken, sah sich die Firma selber veranlaßt, bei Dritten Verhandlungen nachzugehen.

Bei diesen Verhandlungen ist dann festgelegt worden, daß vom 28. Juli an fünf Arbeiter sofort, weitere fünf innerhalb der nächsten acht Tage zu den früheren Lohnsätzen inkl. Weihnachtsgraatifikation eingestellt werden sollten. (Was auch geschah ist. D. B.) Weiter wurde ausdrücklich vereinbart, daß die Firma bei weiteren Balancen auf ihre früheren Leute zurückgreifen muß. Doch wir in Nr. 212 des „Dresdner Anzeigers“ geschrieben haben: Es ist nicht richtig, daß die Arbeiter nichts erreicht haben! Vor also durchaus berechtigt. Wir stellen noch einmal fest, daß, abgesehen von der beabsichtigten Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter, erreicht wurde, daß die entzogenen Vergünstigungen wieder gewährt werden müssen. Das bedeutet aber für den Beteiligten eine Mehreinnahme von 12 bis 18 Mark pro Jahr. So steht das „klägliche Fiasko“ aus. Die „Landeszeitung“ mag sich bei ihrem Bericht über die „wahrheitsgemäßen Angaben“ bekant. Denn daß sie all diese hahnensüchtigen Lügen und Verrentungen der Wahrheit aus den Fingern gezogen haben kann, will uns nicht recht in den Kopf. Ein derartiges Vorkommnis würde daran, daß man läßt um der Lüge willen. Und das darf ein frommes Gott wohlgefälliges Blatt doch nicht, denn das achte Gebot sagt: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.

Wirtschaftliche Umschau.

Aus der Gummibuzrie. — Die Lebenshaltung der Arbeiter bedroht. — Klagen der Unternehmer. — Preisentwicklung. — Außenhandel. — Gute Konjunktur!

Für die gesamte Arbeiterklasse hat sich die wirtschaftliche Lage in den letzten Monaten erheblich verschlechtert. Diese Verschlechterung resultiert aus einer ungeheuerlichen Verteuerung der Lebenshaltung. Da es sich dabei um keine vorübergehende Erscheinung handelt, eher noch mit einer Verschärfung der Situation zu rechnen ist, wird für die Arbeiter die Frage der Lohnerhöhung einfach zu einer Existenzfrage. Ohne Ausbesserung ihres Einkommens müßten die Arbeiter ihre Lebenshaltung bedeutend einschränken. In vielen tausend Fällen war das übrigens schon eine unangenehme harte Notwendigkeit.

Bei der Erörterung dieser Frage taucht von selbst die Frage nach der Konjunktur für die betreffende Industrie auf. Je günstiger die Lage eines Gewerbes, um so berechtigter ist auch die Forderung der Arbeiter, sie wenigstens insoweit von der Gunst der Verhältnisse profitieren zu lassen, daß sie keinen wirtschaftlichen Rückschritt zu verzeichnen haben. Wie steht es nun in der Gummibuzrie aus? Die Stimmungsberichte in den Geschäftsabschlüssen der Unternehmungen und in den Generalversammlungen der Aktionäre haben für die objektive Beurteilung der Verhältnisse einen Wert, sonst könnte man sich versucht fühlen, die Arbeiter aufzufordern, um Lohnniedrigungen zu bitten, damit die armen, vielgeplagten, sorgelosen Aktionäre eine höhere Dividende bekommen. Wenn man die Comptabilisten hört, dann sind die Verkaufspreise noch immer nicht den Materialpreisen angepaßt, auch wird weiter gemauert über Bedrängnis wegen der bei den letzten Preisstößen erlittenen Verluste. Mit vergleichbaren Behauptungen setzt man sich zunächst in Widerspruch zu den Dividendenzahlungen. Die maßgebenden Unternehmungen haben in den letzten Jahren ganz akzeptable Ausschüttungen erteilt. Es verteilen z. B. Dividenden in Prozent:

Gesellschaft	1908	1909	1910
Leipziger Gummimwaren	7	9	7
Müller, Gummifabrik	8	9	8
Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummifabriken	9	9	9
Vereinigte Hanfschlauchfabriken	15	14	15
Hannoversche Gummiamm-Kompanie	22	25	25
„Continental“, Hannover	40	40	45

Das sind zweifellos ganz anständige Gewinne. Man kann einwenden, daß nicht einzelne Unternehmen als Maßstab gelten können, man müßte das gesamte in der Gummibuzrie investierte Kapital berücksichtigen. Soweit dafür Aktiengesellschaften in Betracht kommen, läßt sich das machen. Allerdings, dann wird das Bild vom Standpunkt der Unternehmer noch freundlicher, als nach der vorstehenden Zusammenstellung.

In der zusammenfassenden Statistik ist das Ledergewerbe mit der Gummibuzrie verbunden. Aus dieser Gruppe sind in der Zeit vom Januar bis Juni dieses Jahres von 38 Gesellschaften die Abschlässe im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden, die insgesamt 91 1/2 Millionen Mark Aktienkapital repräsentieren. Die ausgeschüttete Dividende macht über 11 Millionen Mark aus, gleich 12,2 Prozent. Im Jahre vorher verteilten dieselben Gesellschaften „nur“ 11,2 Prozent. Angesichts solcher Ergebnisse müßte die Lage über schlechte Rentabilität verstummen, sie klingt wie Hohn. Steht man sie der Lage der Arbeiter gegenüber, dann muß sie autzend wirken, schimmer, nachhaltiger, wie die geschickteste „Hebende“. Uebrigens wird unser Urteil über die gute Rentabilität auch durch die amtliche Statistik über die Ergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften in den Geschäftsjahren 1909/10 und 1910/11 stark bestätigt.

Es haben nämlich in dem letzten Geschäftsjahre 59 Aktiengesellschaften der Leder- und Gummibuzrie mit über 116 Millionen Mark und 17 Millionen Mark Reingewinn erarbeitet. Das ergibt eine Rentabilität von annähernd 15 Prozent. Von dem Reingewinn sind aber nur 11 267 000 Mark als Dividende verteilt worden, demnach stellt sich die

Durchschnittswertende auf 9,71 Prozent. Das hat ein sehr günstiges Ergebnis, zeigt eine Vergleichung mit der Durchschnittswertende aller Aktiengesellschaften aller Gewerbe; diese macht nämlich nur 7,78 Prozent aus. Berechnet man die von der Leder- und Gummiindustrie ausgeschütteten Dividenden auf nur die Gesellschaften, die wirklich Dividenden verteilen, dann kommt eine Dividende von 16,7 Prozent heraus. Diese Angaben dürften genügen als Beweis dafür, daß die Klagen der Unternehmer der Berechtigung entbehren.

Nun ist aber auch zu prüfen, wie sich die gegenwärtige Lage ausnimmt und was die Zukunft verspricht. Da ist zunächst die Preisentwicklung von ausschlaggebender Bedeutung. Wie es damit steht, zeigt die nachfolgende Aufstellung. Es notierten im Juli pro 100 Kilogramm roh Hamburg:

	1908	1909	1910	1911
Südlamerica	4,85	8,80	11,80	6,40
Benguella II.	4,40	7,00	9,50	5,40
Oberlongo I.	6,20	10,80	13,80	9,00
Kaffai I. rot	6,40	11,60	14,90	9,40
Raffai	7,10	10,80	14,80	9,60
Mozambique I.	7,60	11,70	16,70	8,40
fine para hard	8,70	18,50	20,60	10,40
Ramaos Negroheads	5,90	11,30	13,50	8,50
Cameta	4,80	8,80	11,00	6,30
Peruvian Bal.	5,60	10,50	13,40	8,40
Mexikan Gummi	5,50	10,80	12,50	8,40

Von dem Preisstand des vorigen Jahres sind wir beträchtlich herabgekommen, sogar die Notierungen des Jahres 1909 werden nun weit unterschritten. Für die beiden Jahre mit den höchsten Preisen liegen die Dividendenklärungen vor. Da die Unternehmer von der Preissteigerung überrascht wurden und, wie sie wiederholt erklärt haben, der Verwertung der Materialien die Verkaufspreise nur in weitem Abstand folgten, müssen die beiden Jahre 1908 und 1910 für die Gesellschaften die schlechtesten gewesen sein. Trotzdem konnten sie, wie die Abschlässe beweisen, doch noch sehr anständige Gewinne ausschütten. Nun sind die Materialpreise wieder ganz bedeutend gesunken, aber die Unternehmer machen gar keine Anstalten, die Verkaufspreise ebenfalls zu ermäßigen. Die Preisgestaltung hat sie in die allerungünstigste Position gebracht. Steht damit der Beschäftigungsgrad auch nur einigermaßen im Einklang, dann eröffnen sich den Unternehmern selten glänzende Aussichten.

Der starke Verbrauch an Rohmaterial, den die Einfuhr nachweist, läßt nun auch keinen Zweifel darüber, daß die Werte stark zu tun haben. Der Einfuhrüberschuß — Einfuhr nach Abzug der Ausfuhr — betrug nämlich in den 7 Monaten der Jahre, in Doppelzentnern:

	1908	1909	1910	1911
Waggen - Wagon - Kirschkummi	—	—	24 199	21 894
Traganthgummi	—	—	2 427	8 140
Kautschuk	—	—	31 882	90 419
Guttapercha	—	—	36 560	25 598
Polata	—	—	8 020	2 923
Kautschuk, Guttapercha- und Polata-Absfälle	—	—	—	24 295
Ersatzstoffe	—	—	3 868	4 157
Insgesamt	—	—	151 456	172 421

Der Verbrauch von Rohmaterial ist demnach erheblich gestiegen. Schon daraus ergibt sich eine flotte Beschäftigung. Die Konsumsteigerung tritt aber noch viel schärfer in die Erscheinung, wenn man die Entwicklung des Außenhandels mit Erzeugnissen der Gummiindustrie verfolgt. Es war einerseits eine stärkere Einfuhr notwendig, um die Nachfrage zu decken, andererseits gestattete der Weltmarktsbezug eine ganz bedeutende Steigerung der Ausfuhr. Die nachstehende Uebersicht bestätigt das. Es betrug die Einfuhr in Doppelzentnern:

	1908	1909	1910	1911
Waren aus welchem Kautschuk	15 965	16 859	23 901	25 428
Paritauskautschuk und Waren daraus	261	236	293	307
Insgesamt	16 226	17 095	24 194	25 733

Die Ausfuhr in Doppelzentnern:

	1908	1909	1910	1911
Waren aus welchem Kautschuk	38 538	86 665	45 398	47 846
Paritauskautschuk und Waren daraus	6 499	7 147	7 084	8 067
Insgesamt	47 037	93 812	52 437	55 913

Die Ausfuhr von Erzeugnissen ist fast sprunghaft gestiegen. Jedemfalls kann nicht geleugnet werden, daß für die Unternehmer die Verhältnisse sich außerordentlich günstig gestaltet haben. Diese Tatsache gibt dem Begehren der Arbeiter nach besseren Wohnverhältnissen doppelte Berechtigung.

Die Befastigung des Haushaltbudgets durch die Warenpreissteigerung erscheint gebieterisch eine Lohnerhöhung, und sie ist sehr gut möglich, weil der ohnehin schon hoch rentierenden Gummiindustrie nun sich besonders erfreuliche Verhältnisse enorme Gewinnsteigerungen in Aussicht stellen.

Von den allgemeinen Arbeiterverbänden in Großbritannien.

Obwohl im Jahre 1910 eine bedeutende Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur erfolgte, so machte doch die Ausbreitung der Gewerkschaften keine nennenswerten Fortschritte. Aus einem Bericht des Arbeitsamts ergibt sich, daß teils die Mitgliederzahlen anwachsen und teils recht bescheidene Mitgliederzunahmen zu verzeichnen waren; die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrug Ende 1910 2 426 592, was im Vergleich mit 1909 eine Zunahme von 3,4 Prozent bedeutet; verglichen mit dem Stande vom Jahre 1907 waren 1910 nur um 0,6 Prozent mehr Gewerkschaftsmitglieder vorhanden. Die allgemeinen Arbeiterverbände hatten 1910 insgesamt 119 065 Mitglieder, oder um 7,8 Prozent mehr als 1909.

Die Mitgliederzahl der National Union of Gas Workers and General Labourers, des größten der allgemeinen Arbeiterverbände, sank von 32 317 Anfang 1908 auf 31 735 Anfang 1910. Die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen betrugen 1910 17 754 Pfd. Sterl., gegen 17 380 Pfd. Sterl. 1909. (1 Pfund Sterling entspricht im Wert etwa 20 Mk.). Die Gesamteinnahmen dieses Verbandes betrugen 1910 20 664 Pfund Sterling (gegen 19 183 Pfund Sterling 1909), die Gesamtausgaben 21 767 Pfund Sterling (gegen 19 756 Pfund Sterling 1909) und der Kassabestand ging von 3806 Pfund Sterling auf 2704 Pfund Sterling zurück. Die Steigerung der Ausgaben ist auf die im Vergleich mit 1909 viel höheren Rollen der Streiks, Ausperrungen- und Unregelmäßigkeiten zurückzuführen, die 1910 5908 Pfund Sterling erforderte (gegen 2923 Pfund Sterling 1909). Für Erwerbsfähigen-Unterstützung wurden 510 Pfund Sterling ausgegeben, für Rechtschutz 543 Pfund Sterling, für Gehälter 5900 Pfund Sterling, für politische Zwecke 1349 Pfund Sterling, für Miete, Steuern usw. 1443 Pfund Sterling, für Post und Telegramme 618 Pfund Sterling usw. Im Höhepunkt der Krise ist der Verband durch seine Mitglieder W. Thorne und J. K. Glynes vertreten.

Die Amalgamated Society of Gas Workers, Brickmakers and General Labourers (Sitz Birmingham) verzeichnete ihre Mitgliederzahl von 3400 Ende 1908 auf 3805 Ende 1910 und 4091 im März 1911. Von den 48 Ortsgruppen haben bloß 5 mehr als je 200 Mitglieder, 29 hingegen weniger als je 100. Eingenommen wurden im Laufe des Jahres 2251 Pfund Sterling (1909 2259 Pfund Sterling), ausgegeben 2221 Pfund Sterling (1909 2241 Pfund Sterling), und zwar für Gemeinwohl-Unterstützung 6 Pfund Sterling, Arbeitslosen-Unterstützung 122 Pfund Sterling, Unfall-Unterstützung 569 Pfund Sterling, Ableben-Unterstützung 148 Pfund Sterling, Beiträge an andre Gewerkschaften 194 Pfund Sterling, Gehälter und Entschädigungen 648 Pfund Sterling usw. Der Kassabestand stieg von 4901 Pfund Sterling auf 4982 Pfund Sterling.

Die National Amalgamated Labourers Union of Great Britain and Ireland (Sitz Swansea) hatte am 1. Januar 1910 3168 und am 31. Dezember 3549 Mitglieder in 21 Ortsgruppen, von welchen 6 über 200, 6 100 bis 200 und 9 weniger als 100 Mitglieder zählten. Die Jahreseinnahmen betrugen 1910 2777 Pfund Sterling, die Ausgaben 2104 Pfund Sterling und der Kassabestand vermehrte sich von 3427 Pfund Sterling auf 4099 Pfund Sterling. Von den Ausgaben trafen auf Streik-Unterstützung und Bewegungen 201 Pfund Sterling, Kranen-, Unfall- und Ableben-Unterstützung 178 Pfund Sterling, Beiträge an andre Organisationen 161 Pfund Sterling, Beiträge an Verbände von Gewerkschaften 71 Pfund Sterling, Gerichtslosten 236 Pfund Sterling, Gehälter 880 Pfund Sterling usw.

Von der National Amalgamated Union of Labour (Sitz Newcastle am Tyne) war ein Jahresbericht pro 1910 nicht erhältlich; diese Gewerkschaft ist mit 17 574 Mitgliedern die zweitgrößte der allgemeinen Hilfsarbeiter-Organisationen. — Außer den hier bereits erwähnten bestehen noch mehrere Verbände von Fabrik- und Hilfsarbeitern, darunter die Bristol, West of England and South Wales Operatives Trade and Provident Society (mit über 45 000 Mitgliedern), die jedoch mehr den Charakter einer Hilfsorganisation hat, ferner die Labour Protection League (2200 Mitglieder), die Workers Union (4300 Mitglieder), die National Federation of Women Workers (Arbeiterinnen, 2714 Mitglieder) sowie eine Anzahl von Vereinen mit weniger als je 1000 Mitgliedern, die so gut wie gar keine praktische Bedeutung haben. — Eine Neuanbahnung ist die Conservative Labour Union of Great Britain and Ireland (Sitz Newport, Roumouth), die im letzten Jahre unter dem Einfluß konservativer Politiker entstand und eine Sammelstelle jener Arbeiter werden soll, die mit der Arbeiterpartei nichts zu tun haben wollen. Es ist ausgeschlossen, daß diese konservative „Gewerkschaft“ größere Massen anziehen kann.

Unter der Leitung der General Federation of Trade Unions werden jetzt Verhandlungen gepflogen, um die allgemeinen Hilfsarbeiterverbände und die Verbände der Hafenarbeiter, Kohlenverlader usw. zu einer Einheitsorganisation zu verschmelzen; wahrscheinlich werden diese Bestrebungen auch in absehbarer Zeit Erfolg haben, um so mehr, als die in Betracht kommenden Gewerkschaften ein weniger ausgeprägtes Unterstufungsdenken haben, das sich bei den Berufsverbänden aus eines der größten Hindernisse von Verschmelzungen erweist.

Im ganzen steht die britische Gewerkschaftsbewegung schon seit Jahren wieder still, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß die Werksamkeit unter den nichtorganisierten Arbeitern viel zu wenig reger betrieben wird. Der Stillstand der Gewerkschaftsbewegung ist wieder zum guten Teil dafür verantwortlich, daß die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kaum nennenswerte Fortschritte macht.

Papier-Industrie

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Papierfabrikarbeiter im Riesengebirge.

II.

In vielen Papierfabriken liegen die hygienischen Einrichtungen sehr im argen. Wasch- und Badebelegenheit findet man in den meisten Kleinbetrieben überhaupt nicht. Sehr mangelhaft sind diese Einrichtungen auch in den größeren Betrieben. Aus Holzstäben und alten Blechblechen besteht in einem Großbetrieb die Wascheinrichtung. Eine sehr primitive Badeeinrichtung haben sich die Arbeiter einer Fabrik selbst geschaffen, indem sie über einen engen Gang ein Wasserrohr legten, um sich darunter säubern zu können. Im Baderaum einer Hirscherberger Fabrik fehlt nicht nur Handtuch und Seife, sondern auch — das Wasser. Die Janowitzer Zellulosefabrik hat wohl einen Baderaum, aber benutzen können die Arbeiter denselben nicht, weil — Zellulose darin eingeweicht wird. So und ähnlich sieht es in vielen Betrieben aus; entweder fehlen diese Einrichtungen gänzlich oder aber sie sind nur dem Namen nach da. Ebenso ist es mit den Speiseräumen. Entweder bestehen sie aus kleinen, unzulänglichen Räumen, die sich sonst zu nichts verwenden lassen, oder aber es sind überhaupt keine da, so daß die Arbeiter an der unsaubersten Arbeitsstätte ihre Mahlzeiten einnehmen müssen. Ankleideräume halten viele Fabriken für überflüssigen Luxus. Männlein und Weiblein müssen sich zusammen an der Arbeitsstätte an- und auskleiden. Es gibt wohl einzelne Werte, in denen dergleichen Mängel nicht mehr bestehen und wo alles in Ordnung ist, aber das sind die wenigsten. Luftventilationen sind in den meisten Fabriken unbekante Dinge, ja noch nicht einmal die Fenster sind überall zum Öffnen eingerichtet. Zwölf und noch mehr Stunden müssen die Arbeiter in mit Staub und Dunst geschwängerten Räumen zubringen. Für Einrichtungen zum Schutze der Gesundheit des Arbeiters haben die Herren kein Geld.

Aber auch das Leben der Arbeiterklasse wird nicht sonderlich geschützt. In vielen Betrieben belegen sich die Arbeiter darüber, daß die Maschinen sehr eng aneinander stehen und oft nicht mit den nötigen Schutzvorrichtungen versehen sind, so daß sehr leicht Unglücksfälle passieren können. Freilaufende Kammeräder und Treibriemen sind keine Seltenheit. Passiert ein Unglück, so zeigt sich wiederum die Rücksichtslosigkeit mancher Werkes dadurch, daß kein Verbandzweig vorhanden ist, um den Verunglückten die erste Hilfe angedeihen zu lassen. In einer Arnsdorfer Fabrik ist wohl ein Verbandkasten vorhanden, aber es sind alle Regeln und sonstiges Gerümpel darin, nur kein Verbandzweig.

Um verunglückte Arbeiter kümmert man sich überhaupt sehr wenig, wie folgende Fälle zeigen. Vor kurzem verdrückte sich ein Arbeiter in der Gunnersdorfer Zellulosefabrik ein Bein. Von abends 9 1/2 Uhr bis zum andern Tage vormittags ließ man ihn liegen, um ihn dann nach Warnbrunn zum Kasernenarzt zu schaffen und von dort erst wieder nach Hirsberg zum Krankenhaus. In einem andern Betriebe verunglückte ein Mann sehr schwer. Man deckte ihn mit Pappe zu und ließ ihn die ganze Nacht in seinem Schmerzensliegen. Solche Zustände sind einfach unter aller Kritik. Lieber all die Mißstände, die wir raumhüber bei weitem nicht alle erwähnen können, sagt der Bericht der Gewerbeinspektoren rein gar nichts. Wir müssen uns um so mehr darüber wundern, weil in dem Bericht für den Regierungsbezirk Silesien, zu welchem auch das Riesengebirge gehört, Dinge erwähnt werden, die nur in den Gehirnen der Unternehmer entstanden sein dürften. Die Auslassungen sind direkt beleidigend für die Arbeiterklasse und lauten wörtlich:

„Allgemein wird darüber geklagt, daß die Gewerkschaft größer geworden ist. Die vielen Vereine, die Vermehrung der Tanzsäle, Schaustellungen usw. bieten dem Arbeiter nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande mehr Gelegenheit, Geld auszugeben

als früher. Namentlich die Besitzer oder Pächter von Sälen streben danach, durch Abhalten von Festlichkeiten und Schaustellungen die Arbeiter anzuziehen. Daher sind es allein nicht nur die Montage, an denen vorwiegend Arbeiterinnen fehlen, sondern auch die Wochentage nach solchen Festen. Selbstverständlich leiden darunter auch die sittlichen Zustände der Arbeiter.“ Weiter wird in Bericht über die vielen unehelichen Geburten in der Landshuter Gegend gemurmelt, wofür die Bergarbeiter verantwortlich gemacht werden, „weil sie nur Achtfundenschichten verfahren“. Nicht nur für dieses sinnlose Gerede, sondern auch für die sogenannte „Wohltätigkeit“ hat der amtliche Berichterstatter Platz in seinem Bericht. Sorgfältig werden die Orte aufgezählt, in denen einige Damen des Vaterländischen Frauenvereins Kochkurse veranstaltet haben. Daß an einem derartigen Kursus in Erdmannsdorf 18 Arbeiterinnen und sechs „Töchter von Bürgerfamilien“ teilnahmen, wurde im vorjährigen Bericht registriert und im Bericht für das Jahr 1910 wird wiederum darauf hingewiesen. Ueber die tatsächlichen Mißstände in den Papierfabriken, über die Wohn- und Lebensverhältnisse der Tausende darin beschäftigter Arbeiter weiß die Gewerbeinspektion nichts zu melden.

Die Papierfabriken sind in jeder Beziehung rückständig. In puncto Beschäftigung der Arbeiter sind aber deren Beamte auf der „Höhe“. So nennt der Direktor eines Hirscherberger Betriebes „seine“ Arbeiter: Schleifischer Dickhäbel, Rindvieh, Heuschäpe, Kamel, Schweinebande usw. In Arnsdorf ist es ein Werkführer, der die Arbeiter mit Lumpen, Schweinebande usw. tituliert. Waren nur die Arbeiter organisiert, so würden sich die Herren recht bald andre Umgangsformen angewöhnt haben. Sollte ihnen dies aber nicht möglich sein, so müßten sie sich nach einer Stellung in der Landwirtschaft zur Führung eines Ochsenpans umsehen.

Sieht man sich die Arbeitsordnungen der einzelnen Betriebe an, so merkt man schon, daß den Arbeitern die Organisation fehlt, sonst würden sie sich derartige Arbeitsordnungen nicht gefallen lassen. Trotz des niedrigen Lohnes sind für alle möglichen und unmöglichen „Vergehen“ hohe Strafen vorgesehen. Sogar direkt gefehlbildige Bestimmungen findet man darin. So heißt es in einer Arbeitsordnung: „Für Beschädigung infolge Leichtsinns oder Mutwillens wird Ersatz gefordert. Ist der Täter nicht zu ermitteln, so können die in den betreffenden Räumen beschäftigten Arbeiter gemeinschaftlich herangezogen werden.“ Ob etwas „leichtsinzig“ oder „mutwillig“ beschädigt worden ist, entscheidet der Arbeitgeber. Solche Bestimmungen stehen nicht nur auf dem Papier, sondern es wird streng danach gehandelt. Uns kam ein Lohnzettel zu Gesicht, wonach einem Arbeiter innerhalb vierzehn Tagen 10 Mk. Schadenersatz abgezogen wurden.

Wohin wir nur unsere Blicke werfen, überall finden wir eine unglaubliche Entrechtung und Anrechtung der Arbeiter. So auch in den Krankenkassen. Fast jede Fabrik hat ihre Betriebskrankenkasse, in der die Arbeiter aber nichts zu sagen haben. Diese Kassen zeichnen sich durchweg durch große Rückständigkeit aus.

Die gutmütigen, aber etwas schwerfälligen Arbeiter des Riesengebirges fangen erfreulicherweise seit einiger Zeit an, an ihren Fesseln zu rütteln und suchen den Weg zur Organisation. Doch dieser Weg ist sehr beschwerlich. Systematisch sucht die Polizeimacht jede Aufklärung von den Arbeitern fernzuhalten. Flugblattverteiler und Versammlungsleiter jagt man nach und beglückt sie mit Strafmandaten. In puncto Lokalabtreibung sind die Amtsvorsteher des Riesengebirges groß. Besonders haben sich hierbei die beiden Amtsvorsteher aus Petersdorf und Arnsdorf ausgezeichnet. Vor Dorstungen schrecken sie nicht zurück; der unerbittliche Terror wurde ausgeübt, um uns nur das Lokal abzufragen. Der Amtsvorsteher Dittrich aus Petersdorf ist auch Besitzer einer Holzstofffabrik; sein Kampf gegen uns ist daher verständlich, zumal dieser Herr die allererbärmlichsten Löhne zahlt. In den langen Kämpfen um Versammlungsorte haben sich die Herren ihre Zähne stumpfgeschlagen; es stehen uns nunmehr Lokale zur Verfügung. Die Bahn ist frei, möge sie von den Arbeitern gegangen werden!

Die Papiergewaltigen sehen mit Grauen, daß der Fabrikarbeiterverband immer stärker wird, daß er in diesem Sommer in drei Betrieben erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt hat. Sie bangen um den Profit und versuchen daher, durch Terrorismus und Hungerpeinliche die Arbeiterklasse in ihrer Anechtung zu erhalten. Der rabiatste Feind der Organisation ist der Direktor der Gunnersdorfer Zellulosefabrik. Wiederholt hat er voriges Jahr mehrere Kollegen unter Auszahlung des vierzehntägigen Lohnes entlassen. Dieses Jahr scheint er sparsamer zu sein, denn er hält die vierzehntägige Rindigungsfrist ein. Weil vor seinem Betriebe kürzlich Flugblätter verteilt worden sind, wütet er wieder mächtig. Mehrere Leute mußten sein Dorado verlassen, darunter eine Frau deswegen, weil ihr Mann, der gar nicht im Betriebe ist, Flugblätter verteilt hat. Der Herr scheint der Meinung zu sein, daß, wenn er der Frau den „hohen“ Lohn von 13 Pf. pro Stunde gibt, damit auch die Gefinnung von Mann und Frau bezahlt ist. Der Leiter des Betriebes, Herr Klier, ist dabei teufelswild geworden und polterte die Leute an: „Was ist denn das? Verbandsfrage? Das gibt's wohl in Russland, aber nicht bei uns.“ Also größer als in Russland soll die Entrechtung in der Zellulosefabrik sein! Auch die Janowitzer Papierfabrik arbeitet nach demselben Rezept. Wegen Organisationszugehörigkeit wurde kürzlich ein Mann unter Auszahlung des vierzehntägigen Lohnes plötzlich entlassen. Ein anderer Kollege wurde entlassen, weil man den „Proletarier“ bei ihm gesehen hatte. Dieser Mann fand gleich wieder bei der Eisenbahn Arbeit, wurde aber von der Firma denunziert und entlassen. Ist das etwa kein Terrorismus? Ist den patriotischen Herren vielleicht bekannt, daß der deutsche Kaiser einst mit der schwersten Strafe denjenigen belegen wollte, der einen Arbeiter an freiwilliger Arbeit hindert? Andre Pfiffküsse „bekämpfen“ die Organisation, indem sie die Arbeiter mit dem aufgewärmten Pöhl des „Reichsverbandes“ füttern.

Doch, ob die Herren so oder so ihren glühenden Haß gegen die Organisation zum Ausdruck bringen, nützen wird ihnen das nichts; den Arbeitern wird damit aber gezeigt, wie wertvoll die Organisation für sie ist, sonst würde man sie nicht bekämpfen. Wir appellieren deshalb an unsere Kollegen, den Terror der Organisationsfeinde mit einer unermüdbaren Agitation für unsern Verband zu beantworten. Jetzt muß die Organisation ausgebaut werden, damit man in Zeiten wirtschaftlicher Krisis den Arbeitern nicht wieder sagt, daß man mit ihnen Schweine füttern oder den Mühlgraben zuschütten könnte, wie es vor zwei Jahren ein Papierfabrikant, der auch Kommerzienrat ist, getan hat. Solche Neufeuerungen zeugen nicht nur von einer großen Gemütsstumpfheit, sondern auch von einer grenzenlosen Verachtung der Arbeiter.

Guch Arbeitern und Arbeiterinnen, die ihr ausgebeutet, enteignet und mißachtet werden, rufen wir aber eindringlich zu: Organisiert euch! Nur wenn ihr einer machtvollen Organisation angehört, merdet ihr euren Peinigern zusetzen können:

Gebt uns den Lohn, den vollen, unberührt, Die ihr von unsrer Arbeit schmelzt und preßt, Mit unserm Schweiß euren Frohsinn würzt, Doch selbst die Arbeit und die Mühen haßt.

W. K.

Prämienystem in der Papierindustrie.

In allen Fällen, wo wir mit den Unternehmern in der Papierindustrie bezüglich der Verbesserung der Löhne der Arbeiter zu tun haben, wird unser Hinweis auf die schlechten Löhne, speziell des Maschinenpersonals, dadurch zu kräftigen verpackt, daß auf die Prämien hingewiesen wird. „Sie müssen auch die Prämie zum Lohn zählen“, heißt es, „und wenn Sie das tun, dann ist der Lohn bedeutend höher!“

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

Das ist also mal deutlich gezeigt, daß das Prämienystem nur ein Anreiz zu immer höherer Leistung ist. Zumeist ist die Mindestleistung der Maschinen auf Grund genauer Beobachtungen, was geleistet werden kann, ohne weiteres schon hoch angesetzt.

so kleines Verbändchen wirtschaftliche Kämpfe mit dem Unternehmertum gar nicht führen könne, weil seine finanziellen Mittel dazu nie ausreichen würden. Dazu meint das Blatt: „Wenn wir uns wirklich einmal was sich aber bei uns so leicht nicht einstellen wird, in einen Kampf mit dem Unternehmertum auf der ganzen Front begeben müssen, wer will dann etwa unsern Kampf von seinen der Arbeiterchaft müßig zusehen, und will man unsern Kollegen vielleicht Glauben machen, daß dann die Generalkommission und mit ihr die gesamte Arbeiterchaft mit Gewehr bei Fuß an der Seite steht?“

Die Realität, die aus diesen Sagen spricht, ist wirklich löstlich! Es müssen mehrwürdige Gewerkschafter sein, die sich da zur Leitung der Tapetendrucker zusammengefunden haben. Und merkwürdige Maschinenmeister dazu. Sonst müßten sie wissen, daß es nicht des Kampfes „auf der ganzen Front“ bedarf, um die Macht- und Hölleigkeit des Miniaturverbändchens klarzulegen, daß dazu vielmehr schon der Kampf in einem einzigen größeren Betriebe völlig ausreicht. Und sie müßten ferner wissen, daß die Generalkommission und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften ihre Gelder nicht ansammeln, um Gewerkschaftszersplitterter damit aus der Patsche zu helfen.

Aus der Violeumindustrie. Besser als die Violeumarbeiter haben die Violeumfabrikanten es verstanden, sich durch straffe Organisation einen hohen Profit zu sichern. In Deutschland befinden sich nachfolgende 7 Fabriken, die Violeum fabrikmäßig herstellen, im Verbands Deutscher Violeumfabriken vereinigt.

Diese Maßnahme wäre gleichbedeutend mit der Schröpfung der Konsumenten, lediglich deshalb, um einer Schar von Händlern, von denen ein gutes Teil sich andern Verrichtungen in der menschlichen Gesellschaft dienstbar machen könnte, eine angenehme Existenz zu schaffen.

Das Ausfuhrgeschäft der deutschen Violeumindustrie hat sich im Jahre 1910 gut angefallen. So besitzerte sich die Ausfuhr der deutschen Violeumindustrie auf 157 331 Doppelzentner im Werte von fast elf Millionen Mark.

Table with 4 columns: Year (1907, 1908, 1909, 1910), Menge in Doppelzentnern, Wert in 1000 Mark.

Die Ausfuhr im den ersten fünf Monaten der Jahre 1910 und 1911 gliedert sich nach den einzelnen Positionen unter Ausschluß von Tapeten, Vitrinen usw. aus Violeum und ähnlichen Stoffen, der Menge nach in Doppelzentnern, wie folgt:

Table with 4 columns: Year (1907, 1908, 1909, 1910, 1911), Menge in Doppelzentnern, Wert in 1000 Mark.

Die Ausfuhr in den ersten fünf Monaten der Jahre 1910 und 1911 gliedert sich nach den einzelnen Positionen unter Ausschluß von Tapeten, Vitrinen usw. aus Violeum und ähnlichen Stoffen, der Menge nach in Doppelzentnern, wie folgt:

Table with 2 columns: Year (1910, 1911), Fußbodenbelag in der Masse einfarbig, unbedruckt, bedruckt, mehrfarbig.

Das Nachlassen der Ausfuhr im Jahre 1911 kommt im Verkehr mit fast allen wichtigeren Absatzgebieten zum Ausdruck: Großbritannien, die Vereinigten Staaten, die Niederlande beziehen im laufenden Jahre weniger.

Zur Lage der Dachpappen- und Zerrindustrie in der Provinz Sachsen.

Das Unternehmerorgan „Blumen“ berichtet hierüber: „Die Produktionsverhältnisse in der Dachpappenindustrie haben sich in 1910 dem Vorjahre gegenüber im Allgemeinen nicht geändert, doch mußten in den letzten Monaten des Berichtsjahres vielfach Betriebs einsparungen vorgenommen werden da das wichtigste Rohmaterial, der Steinschleier, nicht in genügender Menge zur Verfügung stand, was wohl auf die vermehrte Ausfuhr, wie auch auf die Verwendung beträchtlicher Mengen an Streifenverwendungen usw. zurückzuführen sein dürfte.“

Streiks und Lohabewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in Einshorn, Heidenheim, Ragdeburg (Chemische Fabrik), Rürberg (Kohlenzuckerfabrik), Spedanten Zwickau.

Der Kampf in der Metallindustrie Sachsens hat sich in den letzten Tagen verschärft. Verhandlungen, die nicht zwischen den Organisationen direkt, sondern durch besonders gewählte Kommissionen stattfanden, führten bis jetzt zu keinem Resultat.

Die recht treffende Antwort auf die herablassenden Anwürfe in der Lohnabwertung und in einem großen Teil der künftigen Tagespreise, in denen den Arbeitern vorgeworfen wird, sie hätten den Kampf verschuldet oder gar unmögliche Forderungen, antwortet die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes in einer Broschüre, in der chemisch der Nachweis geführt wird, daß die Unternehmer an der Verschärfung der Situation Schuld sind, und daß nicht nur die Deflation, sondern auch ein erheblicher Teil der ausschließenden Unternehmer irreführt worden ist.

licher Teil der ausschließenden Unternehmer irreführt worden ist. Die Unternehmer fühlen sich offenbar bei ihrem wirklich leichtsinnig heraufbeschworenen Machtkampf gar nicht wohl.

Düsseldorf. Der Streik in den Farbwerken, Akt.-Ges., ist nach dreiwöchigen Kämpfe beendet. Die von der Firma angeforderten Lohnabzüge wurden rückgängig gemacht, auch gelang es den Kollegen, eine weitere Lohnhöhung von 20 Pf. pro Tag zu erlangen.

Schillingheim (Elsass). Einen schönen Erfolg erzielten unsere Kollegen in der Färbefabrik Gebr. Haas, hier. Im Jahre 1905 wurde mit der Firma ein Lohnvertrag abgeschlossen, der nunmehr einer Revision bedurfte.

Karlsruhe. (Der Herr Kaplan auf Hausagitation.) Nach eifriger Agitation ist es uns gelungen, auch in den Ziegeleien unserer Umgebung Eingang zu finden. Unter andern auch in einer Ziegelei in Würmheim.

Korrespondenzen.

Karlsruhe. (Der Herr Kaplan auf Hausagitation.) Nach eifriger Agitation ist es uns gelungen, auch in den Ziegeleien unserer Umgebung Eingang zu finden. Unter andern auch in einer Ziegelei in Würmheim.

Verbandsnachrichten.

Vom 29. August an gingen bei der Hauptkassette folgende Beiträge ein: Bergedorf 1000.—, Woldegk 300.—, Freiberg i. S. 200.—, Al.-Artenberg 100.—, Gerstungen 20,02, Zeig 200.—, Bödnig 35.—, Hirschberg i. Schl. 726.—, Uterzen 400.—, Oelsnitz i. V. 145.—, Hamburg 110.—, Briesg 100.—, Penig 25,50, Nordhausen 1,50, Sonneberg 1,45, Bergedorf 30,01, Stüttgari 1000.—, Stettin 1000.—, Rethen 1000.—, Bremen 1000.—, Bergedorf 800.—, Briesg 100.—, Arnstadt 400.—, Pinneberg 350.—, Vrestau 1000.—, W. 205,35, Uuna 200.—, Elbing 1.—, Sechanheim 769,57, Schorndorf 270.—, Nossen 200.—, Reichenid 200.—, Glauhaus 100.—, Schluß: Montag, 4. September, mittags 12 Uhr.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen erhielten die Zahlstellen:

Ludwigshafen. 10 Pf. pro Mitglied und Woche. Gannau i. Schl. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

- List of lost and invalid books and cards with names and dates, e.g., Nr. 432 382 für Erich Bernigshausen, eingetreten am 27. Juni 1910 in Bremen.

Eingegangen ist die Zahlstelle Gerstungen.

Ausgeschlossen wurden die Mitglieder der Zahlstelle Schorndorf: Daniel Fischer, Buch-Nr. 299 206. Karl Siegle, Buch-Nr. 417 578.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- List of new addresses and address changes, e.g., Frankfurt a. M. Bureau ab 15. September im Gewerkschaftshaus III, Eingang Allerheiligenstraße 51.

Briefkasten. R. G. in D. Das Gedicht ist ganz nett, aber — von Ihnen ist es not.

Zahlstelle Düsseldorf. Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 11 Uhr, im „Volksbause“, Zimmer 4, statt.

Berühmte Industrien

Organisationszersplitterter in der Zerpapierindustrie.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen. Obwohl jeder vernünftige Mensch einsehen müßte, daß es heller Standpunkt ist, gegenüber den von so bekannten Gruppenunternehmern der Zerpapierindustrie mit einem Hundstummelverstand und einem leeren Gehirne nachher die gleiche Fäulnis zu wachen, greifen die gemeinsamen Vertreter dieses gewerkschaftlichen Standes, wenn ihnen Verrat an den Interessen der Arbeiter nicht ist, in der letzten Kammer des „Mitgliederkollektivs“ ein von dem Vorstand der Dachpappen und unserm Vorstand gemeinschaftlich erlassener Antrag abgelehnt und mit einer ebenso langen wie nutzlosen Rede abgelehnt.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen.

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß der im Reich geübtere „Sachverständigenrat“ der Zerpapier- und Violeumindustrie wenig beachtet ist, die Arbeiterchaft der Zerpapierfabriken zu gewinnen.

Chemische Industrie

Statistische Schönfärberei im Dienste des chemischen Kapitals.

I.

Endlich, endlich ist sie da! Die von den Unternehmern der chemischen Industrie angekündigte Krankheitsstatistik nämlich. Dem Bericht der Berufsgenossenschaft für das Jahr 1911 ist sie als Anhang beigegeben unter dem vielversprechenden Titel: „Morbiditätsstatistik der deutschen chemischen Industrie für die Jahre 1909 und 1910“. Bevor wir auf die Statistik und ihren Wert eingehen, sei an einiges aus ihrer Vorgeschichte erinnert.

Zu Anfang des Jahres 1907 beschloß eine Ausschusskommission des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie die Aufnahme einer Krankheitsstatistik. Begründend wurde angeführt, es sei notwendig, „die mehrfach aufgestellte, nach Auffassung der beteiligten Kreise aber unzutreffende Behauptung nachzuprüfen, daß die Gesundheitsverhältnisse unter den in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeitern wesentlich ungünstiger seien als unter den übrigen Industriearbeitern“. In Verfolg dieses Beschlusses fand am 28. September desselben Jahres in Berlin die Konferenz der Vertrauensärzte der chemischen Industrie statt. Herr Direktor Wenzel erklärte den Ärzten, daß eine allgemeine Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik der in chemischen Betrieben beschäftigten Personen aufgestellt werden solle. Auch er führte begünstigend aus, die Statistik solle das Material schaffen, „um den Angriffen erfolgreich entgegenzutreten zu können, welche gegen die chemische Industrie wegen ihrer angeblich außerordentlich großen Gesundheitsgefährlichkeit vielfach erhoben werden“. Hätten doch einzelne Hygieniker, die Gefahren, die dem Leben und der Gesundheit des in chemischen Fabriken beschäftigten Personals drohen, in so übertriebener Weise dargestellt, daß die Aufsichtsbehörden dadurch notwendigerweise zu immer weitergehenden Schutzmaßnahmen und Betriebsbeschränkungen gedrängt werden“. Zur weiteren Vorbereitung wurde dann ein aus vier Fabrikärzten und Herrn Direktor Wenzel als beratendes Mitglied bestehendes Komitee gebildet. Dieses Komitee legte im Mai des Jahres 1908 einen Plan für die statistische Aufnahme vor. Der Ausschuss beschloß jedoch nunmehr, die Erhebungen nicht selbst zu veranstalten, sondern die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie um die Uebernahme derselben zu ersuchen. Dabei wurde wiederum betont, daß der Verein ein Interesse an der Statistik habe, weil er hoffe, damit „den Nachweis zu liefern, daß die in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen über das hohe Maß der Gesundheitsgefährlichkeit der chemischen Betriebe übertrieben“ seien. Gleichzeitig habe aber auch die Berufsgenossenschaft ein Interesse an der Aufnahme, weil es für sie von Wert sei, festzustellen, wie groß die Belastung für sie sein würde, wenn sie die Entschädigung der Gewerkrankheiten übernehmen würde. Die Berufsgenossenschaft kam dem nach und sammelte das Kassennaterial für das Jahr 1909. Von einer Veröffentlichung des Ergebnisses wurde jedoch Abstand genommen, weil eine Kommission von Fabrikärzten nach Prüfung des Materials erklärt hatte, daß es wünschenswert sei, die Statistik vorerst fortzuführen.

Zu Anfang des Jahres 1911 forderte die Berufsgenossenschaft die Unternehmer auf, das Kassennaterial für das Jahr 1910 bis spätestens zum 1. Februar 1911 einzuliefern. Zugleich wurde bekanntgegeben, daß das Material für das Jahr 1909 „nunmehr von einer Kommission von ärztlichen Sachverständigen bearbeitet“ sei. Als Resultat dieser Bearbeitung hat sich nach diesem Bericht ergeben, „daß die hygienischen Verhältnisse in den Betrieben der chemischen Industrie mindestens nicht ungünstiger sind als in anderen Industriezweigen“. Dieses Urteil trägt die Leichtfertigkeit, mit der es aufgestellt wurde, deutlich zur Schau. Erstens kann man aus Krankenzahlen überhaupt nur sehr bedingt ein Urteil über die hygienischen Verhältnisse in den Betrieben gewinnen und zweitens fehlt der ärztlichen Kommission jede Unterlage zu Vergleichen mit anderen Industriezweigen. Bezeichnend ist, daß auch die Bekanntmachung der Berufsgenossenschaft in der Einleitung sagt, daß „der Wunsch, zuverlässiges Material zu sammeln, auf Grund dessen die zweifellos vielfach übertriebene Behauptung von der Gefährlichkeit der chemischen Industrie für die Gesundheit ihrer Arbeiter auf das richtige Maß zurückgeführt werden kann“, bestimmend für die Vornahme der Statistik war. Wie diese so oft und so eindringlich ausgesprochene Zwecksetzung die Statistik beziehungsweise die Leitungen der Betriebsklassen beeinflusst hat, wird weiter unten noch gezeigt werden.

Die Bearbeitung des gesammelten Materials hatte Dr. C u r s c h m a n n, der Arzt der Greppiner Werke, übernommen. Als zusammenfassendes Ergebnis seiner Arbeit verkündet er, daß „im großen und ganzen die Erkrankungsverhältnisse in der chemischen Industrie denen anderer Gewerbe durchaus entsprechen“ und daß „grobe körperliche Erkrankungen und besonders Vergiftungen in der chemischen Industrie eine geringfügige Rolle spielen“. Triumph! — Die chemischen Kapitalisten haben gesiegt! Widerlegt ist die böse Presse, die es wagte, die chemischen Sanatorien Giftbuden zu nennen; widerlegt sind die Gewerkschaftler, die höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit und Schutz der Gesundheit forderten; widerlegt sind auch die Hygieniker, die an die Gefährdung appellierten. Herr Dr. Curschmann aus Greppin hat zahlenmäßig bewiesen, daß „im großen und ganzen“ in den chemischen Fabriken nicht mehr Menschenleben vernichtet werden, nicht mehr Menschengesundheit zerstört wird als in anderen Profitmühen auch. Und das ist eine beruhigende Versicherung für alle die Bezahler chemischer Riesen-dividenden, deren Gewissen sich regte. Jetzt wissen sie, daß an ihrem Fing nicht mehr Blut klebt als am kapitalistischen Profit überhaupt.

Die Statistik ist eine gefällige Dame. Und wer sie so eifrig, wenn auch nicht immer geschickt, pouffiert wie Herr Dr. Curschmann, darf ihrer Gunst versichert sein. Es wird auch Leute geben, die Günst für Liebe nehmen und in den statistischen Ergebnissen und Schlüssen des Dr. Curschmann reine, lautere Wahrheit sehen. Wir gehören nicht zu den Gläubigen und müssen unser Mißtrauen, das wir der Statistik als solcher entgegengebracht haben und nach ihrer

Vorgeschichte entgegenbringen mußten, auch auf die Bearbeitung und die daraus gezogenen Schlüsse ausdehnen.

Schon die Ueberschrift der Arbeit führt irre. Die Statistik umfaßt nämlich keineswegs „die deutsche chemische Industrie“, sondern nur 52 832 Vollarbeiter, das sind rund 24 — vierundzwanzig — Prozent von den 222 530 im Jahre 1910 bei der Berufsgenossenschaft versicherten Vollarbeitern der chemischen Industrie, also nicht den vierten Teil — ein beschämendes Zeugnis für die chemischen Unternehmer! Nun können allerdings die Zahlen für den vierten Teil wertvolle Anhaltspunkte zur Beurteilung der Gesamtverhältnisse geben, wenn sie sich gleichmäßig auf alle Gruppen der Industrie und alle Gegenden des Reichs verteilen. Ob und inwieweit das der Fall ist, geht aber aus der Bearbeitung gar nicht hervor. Es ist nicht die geringste Angabe darüber gemacht, auf welche Gruppen der chemischen Industrie sich die Arbeiter verteilen; nicht einmal die Zahl der Betriebe, die berichtet haben, ist angegeben. Nun ist es aber eine alte Erfahrung, daß bei solchen Feststellungen diejenigen Unternehmer, die besonders ungünstige Verhältnisse, hier also besonders hohe Krankenziffern, haben, die Beteiligung am meisten scheuen und umgekehrt die mit relativ günstigen Ziffern sich am meisten beteiligen. Wir dürfen demnach, selbst auf die „Gefahr“ hin, wieder einmal der Einseitigkeit und Uebertreibung beschuldigt zu werden, sagen, daß das statistisch erfaßte Viertel nicht die Krankheitsverhältnisse in der deutschen chemischen Industrie überhaupt darstellt, sondern vielmehr die relativ günstigen Verhältnisse in einigen Betrieben. Diese werden denn in ganz unzulässiger Weise verallgemeinert, und dadurch wird die Deffentlichkeit direkt irre geführt. Solange die Deffentlichkeit nicht über Zahl und Art der von der Statistik erfaßten Betriebe unterrichtet wird und solange wir nicht Auskunft darüber erhalten, warum nur ein so beschämend geringer Bruchteil der chemischen Unternehmer sich an der Statistik beteiligt hat, solange haben wir guten Grund, der Statistik das allergrößte Mißtrauen entgegenzubringen.

Auffällig ist, daß in einer Anzahl von großen Betrieben seit der Vornahme der Statistik eine erhebliche Verschärfung der ohnehin nicht lazen Krankheitskontrolle, eine eingehendere Untersuchung bei der Einstellung von Arbeitern und eine größere Rücksichtslosigkeit bei Entlassung solcher Arbeiter, die wiederholt erkranken, konstatiert wird. Der Erfolg dieser Maßnahmen zeigt sich in einem sprunghaften Rückgang der Krankenziffern. Nach einer von uns aufgenommenen, in der Schrift „Die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“ veröffentlichten Statistik, die sich auf fast 21 000 Arbeiter der chemischen Industrie erstreckte, schwankte die Zahl der Krankheitsfälle auf je 100 Mitglieder in den Jahren 1905—1908 zwischen 65,49 und 68,29; im Jahre 1909 aber fiel die Zahl plötzlich auf 57,29. Noch deutlicher wird der Sturz an den Kassenzahlen einiger Großbetriebe. Es entfielen auf je 100 Mitglieder:

Firma	Krankheitsfälle			Krankheitstage		
	1907	1908	1909	1907	1908	1909
Bayerische Farbwerke, Leverkusen	—	81,58	63,06	—	1108	868
Chemische Fabrik Griesheim	—	97,00	60,00	—	1466	1190

Derart sturzartige Rückgänge der Krankenziffern können schlechterdings, da wesentliche Veränderungen der Arbeitsmethoden und der Arbeitsbedingungen nicht eingetreten sind, nur auf die besonderen, oben schon ange deuteten Maßnahmen zurückgeführt werden. Und diese Maßnahmen selbst entspringen wiederum dem Bestreben, der vorgenommenen Statistik ein möglichst günstiges Resultat zu geben, um die Deffentlichkeit und namentlich die Gesetzgebung davon zu überzeugen, daß in der chemischen Industrie alles in schönster Ordnung ist.

Vergiftung als Betriebsunfall.

Wie man arme Arbeiterinnen und deren Kinder um die gefällige Unschuld zu bringen sucht, dafür wieder ein neuer Beleg. Unsere chemische Industrie in Deutschland fordert täglich ihre Opfer, und je höher die Dividenden für faule Aktionäre steigen, desto höher ist die Unfallgefahr für die schlechtgelohnten Arbeiter dieser Branche. Viele der Verletzten können aber, wie die Erfahrung uns täglich lehrt, gar keine Rente erhalten, weil fündige Verzele den ursächlichen Zusammenhang mit einer Betriebsunfalligkeit als Unfall leugnen und stets eine — „Gewerbetätigkeit“ annehmen. Trübt der Tod des Verunglückten ein, so wird in den meisten Fällen die Leichenöffnung beweisen, daß schon ein „andres“ Weib vorhanden war, der Verunglückte ja doch gestorben wäre und die Hinterbliebenen führen den Kampf um die Rente dann vergeblich.

So wollte man auch mit der Arbeiterfrau Sch. zu Nied a. M. umspringen, deren Ehemann jahrelang in der bekannten chemischen Fabrik zu Griesheim am Main beschäftigt war. Fast 25 Jahre war der Mann als Kesselputzer im Millionbetrieb beschäftigt. Vorgeschrieben ist, die sog. Kesselwagen nach ihrer Entleerung von ihrem Inhalt erst mit Wasser zu füllen, dem dann Kalk oder Soda zugesetzt wird. Dann sollen die Mannlöcher geöffnet und erst eine Zeit lang für Durchlüftung gesorgt werden. Trotzdem ereignen sich täglich Unfälle, und bei der größten Vorsicht der erfahrenen Arbeiter finden sich immer noch Giftdämpfe im Innern des Kesselwagens vor.

Im Januar d. J. stieg nun der verunglückte Sch. in einen Kesselwagen, den er später leichtenblau wieder verlassen mußte. Er äußerte einem Zeugen gegenüber, daß er wahrheitsgemäß den Kessel nicht mehr lebend verlassen hätte, wenn er nicht unter Aufbietung aller Kräfte schnell herausgeraten wäre. Einige Tage später starb der Mann an Vergiftungserscheinungen und hinterließ eine arme Witwe mit vier unmündigen Kindern. Natürlich spielte sofort der ganze Fabrikapparat, als die Witwe mit Hilfe des Frankfurter Arbeitersekretariats Anspruch auf Hinterbliebenen-Rente erhob. Auf alle Fälle mußte das Vorliegen eines Betriebsunfalls verneint werden. Die Berufsgenossenschaft hatte da sehr leichtes Spiel, denn das Protokoll fiel sehr ungünstig für die arme Witwe aus. Kein Mensch wollte gesehen haben, daß der Verstorbenen überhaupt in einen Kesselwagen gestiegen war. Auch der Kassenzettel attestierte Influenza als Todesursache, und so war alles gegen die arme Familie. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie schrieb denn auch bald darauf, daß ein Betriebsunfall gar nicht vorliege. Die Unfallversicherungs-Vorschriften ließen auch gar nicht zu, daß eine Vergiftung durch Dämpfe u. s. w. erfolge, weil die Kesselwagen nach Vorschrift richtig entleert wurden und so keine Gefahr mehr für den Puffer böten. Nur auf Anordnung des Betriebsleiters dürften Reinigungen von innen erfolgen, weil die Kessel kompliziert konstruiert seien.

Die vernommenen Zeugen hätten auch gar nichts bemerkt, was auf einen Unfall schließen ließe, wenn auch einige Zeugen ausgesprochen hätten, daß der Verstorbenen ihnen erklärt habe, daß er mit Mühe und Not noch

aus dem Kessel gestiegen wäre. Gesehen habe dies aber niemand. Und darauf fußte die Berufsgenossenschaft. Gegen das Vorliegen eines Betriebsunfalls spreche aber auch der Umstand, daß die Witwe erst fünf Wochen nach dem Tode des Mannes den Antrag auf Rente gestellt habe. Ferner, daß der Betriebsleiter bestimmt erklärte, daß alle Kesselwagen erst gründlich durchlüftet würden, also keine Gefahr mehr vorhanden sei, wenn ein Arbeiter die Reinigung beginne u. s. w. Auch der Kassenzettel Dr. K. habe bescheinigt, daß der Verstorbenen an einer schweren „Influenza“ gelitten und sicher nur darauf die „Uebelkeit und das Krankheitsgefühl“ zurückzuführen seien.

„Das Krankheitsbild“, so tröstete man die arme Frau weiter, „mit der starken Temperatursteigerung und Benommenheit des Sensoriums entspricht nach wissenschaftlicher Erfahrung vollständig dem Verlauf einer mit Influenza vergesellschafteten schweren Lungenentzündung, die ohne alle äußeren Einwirkungen entstanden und die auch nicht von außen beeinflusst wurde.“ Also auch die „Wissenschaft“ mußte herhalten, um die arme Witwe um ihre Rente zu bringen. Ganz nutzlos geworden, wollte die arme Frau anfangs auf einen Kampf um ihre Rente verzichten. In der dann doch angefertigten Berufsgenossenschaft wurde aber ausgeführt, daß erfahrungsgemäß die Kesselwagen gefährliche Gifte enthalten und daß nicht immer alle Dämpfe entweichen seien, wenn ein Arbeiter den Innenraum betrete. Der Verstorbenen habe ferner dem Zeugen ausdrücklich erklärt, daß er kaum noch lebend aus dem Kessel gekommen sei und dann schwer leidend sein Heim aufgesucht habe. Deshalb sei diese Zeugenaussage von größter Wichtigkeit, da keine direkten Unfallzeugen vorhanden seien. Daß der Betriebsleiter den ganzen Vorgang harmloser hinzustellen suchte, sei weiter nicht verwunderlich, zumal ja die chemische Industrie gewöhnlich immer leugne, der „Unfall“ sei ein „Tagesordnung“ sei. Wenn die Witwe erst fünf Wochen später den Antrag auf Gewährung der Rente gestellt habe, so sei dies ersichtlich gelegentlich zulässig, da ja diese Ansprüche erst in zwei Jahren verjähren. Zweitens konnte sie aber auch den Antrag gar nicht früher stellen, weil sie von einem Unfall gar keine Ahnung hatte, erst später durch Zufall davon erfahren habe. Der Verstorbenen sei fast berufslos gewesen, als er nach Hause gekommen sei und hätte auch keine Fragen mehr beantworten können, die auch in der Aufregung, Sorge u. s. w. nicht mehr gestellt wurden. Aber auch der Kassenzettel, auf dessen Gutachten bekanntlich die Genossenschaft fußte, konnte sich kein Bild von der Ursache der schweren Erkrankung machen, weil eben der Kranke keine Auskunft mehr geben konnte, als der Arzt gerufen wurde. Hätte der Arzt damals gewußt, daß der Verstorbenen an einer Vergiftung leide, so würde er sicher ein ganz andres Gutachten ausgestellt haben, wie er jetzt selbst erklärt. Es wurde daher beantragt, den Zeugen eiblich zu hören und den Arzt zu einem neuen Gutachten aufzufordern, da doch jetzt ganz andre Unterlagen geschaffen worden seien. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Wiesbaden kam dem Verlangen der Witwe nach und ordnete auch eine Ortsbefragung an. Diese muß jedenfalls für den Griesheimer „Mutterbetrieb“ ungünstig ausgefallen sein, denn die Genossenschaft wartete das Urteil gar nicht mehr ab, sondern gab der Witwe einen neuen Bescheid, in welchem ausgeführt wurde, daß nach den „weiter angefertigten Ermittlungen“ sich ergeben habe, daß „die Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, daß das Befinden Ihres Mannes, welcher bereits vorher an einer Influenza erkrankt war, durch die Einatmung etwaiger noch vorhandener Dämpfe verschlimmert worden ist.“ Deshalb habe man beschlossen, jetzt dem Antrag auf Gewährung einer Rente stattzugeben, die auf 92 Ml. pro Monat festgesetzt wurde. . . .

So arbeiten die chemischen Fabriken und die Berufsgenossenschaften, und die arme Familie in Nied hat es nur dem tatkräftigen Eintreten des Frankfurter Arbeitersekretariats zu danken, daß sie im schweren Kampfe doch siegte und eine Rente erhält.

Ein chemischer Aktionär als Steuerhinterzuger.

Reichsrat Dr. August Clemm, der mit Aufsichtsratsposten, darunter auch einer der B. L. S. F. in Ludwigshafen, beglückt war, ist kürzlich gestorben. Sein Ableben interessiert uns weniger, wir würden davon auch heute keine Notiz nehmen, wenn nicht der Fiskus ihm Steuerhinterzuger nachsagte. Vom Rentamt der Stadt Ludwigshafen allein sind folgende Steuerhinterziehungen des hochwohlgeborenen Herrn festgestellt:

An Einkommensteuer von 1891—1898	3 423,11 Ml.
An Kapitalrentensteuer 1891—1898	92 977,60 „
In Summa	96 401,41 Ml.

Diese horrenden Summe an hinterzogenen Staatssteuern ergibt für Ludwigshafen:

An Gleichstellungs- und Distriktsumlagen	215 956,39 Ml.
An protestantischen Kultusumlagen	18 796,68 „

Als Nettobetrag fließt der Gemeindefiskus Ludwigshafen der Betrag von 167 000 Mark zu.

Wohlverstanden, daß sind nur die für Ludwigshafen nachweisbaren Summen, um die der Reichsrat und ehemalige Präsident der bayerischen Abgeordnetenkammer, Herr Dr. August von Clemm, Inhaber verschiedener hoher Orden und Ehrenzeichen, diese Gemeinde betrogen hat. Für die Gemeinde Gaardt, wo der „hohe“ Steuerhinterzuger in den letzten Jahren seines Lebens verbrachte, wird sicherlich eine ebenso hohe, wenn nicht noch höhere Summe in Betracht kommen.

Clemm ist den älteren Ludwigshafener Giftpflanzenproleten als Aktionär und Aufsichtsratsmitglied der Badischen Anilin- und Sodafabrik bekannt. Er war als strammer rechtsliberaler Parteigänger natürlich ein großer Patriot und als solcher auch einer der verheißenen Segner der „vaterlandslösen“ Sozialdemokratie; wie oft wurde im Kreise dieses Mutterpatrioten über die vaterlandslösen, so gar nicht von Patrioticismus besangenen roten Sozis losgedenkt. Nun ist der für seinen „Patrioticismus“ mit den höchsten Ehrenämtern betraute als ein ganz gefährlicher Steuerhinterzuger entlarvt worden, der, wäre er noch am Leben, unter Umständen hinter schwebischen Gardinen über seine Vergeßlichkeit in punkto Steuerzahlen hätte nachdenken dürfen.

Apotheker und chemisch-pharmazeutische Großindustrie.

Im schönen Freiburg im Breisgau waren die Epigonen der ehemaligen Pflendrerer versammelt, um ihre Lage zu besprechen. Sie behaupteten von sich, daß es keinen loyaleren Stand als den der Apotheker gäbe, der glücklicherweise die besten Beziehungen zu den Behörden hätte. Sie verlangten nichts als hohe Verkaufspreise, daß auch der kleinste Apotheker dabei auskommen könnte. Man also der arme Kranke Arbeiter zugrunde gehen, wenn er keine Heilmittel kaufen kann, wenn nur der Profit der Apotheken gesichert ist. Ihre Ansprüche sind keine geringen. Die richtige Antwort der Behörden wäre Verstaatlichung der Pflendrererei; aber nach den Worten der Apotheker zu schließen, liegt dieses noch in weiter Ferne.

Wenigste Klagen zeitigte ein Antrag, der ein Vorgehen gegen „fette Fabriken von Heilmitteln, welche dem Apotheker lokale Konkurrenz machen“, forderte. Die Anfertigung von Arzneipreparaten sei übergegangen in die großen chemisch-pharmazeutischen Fabriken. Dadurch hätte das Ansehen des Apothekerstandes und das Wohl der Bevölkerung gelitten, denn die Großindustrie gebe die Arzneien an jeden ab, besonders an die Drogisten. Letztere verkaufen sie wieder an jedermann, während der Apotheker bei der Abgabe der Heilmittel streng ans Gesetz gebunden sei. Doylott gegen die Fabriken habe nichts geholfen, nun sollten Ärzte und Apotheker an einem Strang ziehen. Ein Hamburger Redner ist der Ansicht, daß mit der chemischen Großindustrie in ein friedliches Verhältnis zu kommen sei. Wenn die Apotheker den Markenbesitz beachten würden, dem Publikum nicht sagen würden, daß und jenes Mittel ist genau dasselbe oder kann gegen diese oder jene Krankheit genommen werden, so würden die Großindustriellen wohl ausschließlich den Apothekern liefern. Reduziert hat Vogt aus Gussbach erklärt, daß sich die chemische Großindustrie dadurch nicht irre machen lasse, sie glaube, daß sie mit ihrem Kapital den Apothekerstand überhaupt nicht brauche. Hier müßten Ärzte und Apotheker gemeinsam gegen die „Ansprüche der Großindustrie“ vorgehen. Besonders verweist er auf die Schächter Farbwerke mit ihren hohen Dividenden. Die Apotheker würden ihnen keine Pflandlerdienste leisten, die Behörden müßten dagegen mobil gemacht werden. Ein greifbarer Plan ist der des Apothekers Schäfer in Tegel, der vorgeschlägt, eine

eigene Webzinsfabrik für Deutschland zu gründen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Plan bald verwirklicht wird.

Herstellung und Besteuerung von Händwaren.

Im dritten Vierteljahrheft zur „Statistik des Deutschen Reiches“, Jahrgang 1911, ist eine Statistik der Herstellung und Besteuerung von Händwaren im deutschen Zollgebiete für die Zeit vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 veröffentlicht. Während dieser Zeitraum ein volles Jahr umfaßt, beziehen sich die Vergleichszahlen nur auf ein halbes Jahr, nämlich auf die Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 31. März 1910.

Die Zahl der Betriebe ist in dieser Zeit die gleiche geblieben (74), dagegen ist die Zahl der Arbeiter von 2188 auf 1746, also um 442, die Zahl der Arbeiterinnen von 2660 auf 2180 oder um 480 zurückgegangen. An Händhölzern wurden 78 757 Millionen Stück, an Händspänden 908 Millionen Stück hergestellt. Im halben Jahr, vom 1. Oktober 1909 bis 31. März 1910 wurden 47 941 Millionen Stück Händhölzer und 295 Millionen Stück Händspänden fabriziert. Die Produktion von Händhölzern hat also im letzten Jahr einen erheblichen Rückgang erfahren, während die Fabrikation von Händspänden einen Aufschwung um 54 Prozent zu verzeichnen hat. Der Ertrag an Händwarensteuer ergab für Händhölzer 17 677 404 Mark, für Händspänden 27 142 Mark, zusammen 17 704 546 Mark für das Rechnungsjahr 1910, während in den vorhergehenden sechs Monaten 7 068 771 Mark für Händhölzer, 10 237 Mark für Händspänden, zusammen 7 079 008 Mark vereinnahmt worden waren.

Zement- und Ziegel-Industrie

Achtung! Ziegleragitation!

Die Zieglerkampagne hat ihren Höhepunkt nun überschritten und neigt sich teilweise schon ihrem Ende zu. Die Agitation hat uns in den verflochtenen Monaten einen nicht unbedeutenden Schritt vorwärts gebracht. Um nun das unter den Zieglerarbeitern wachsende Interesse auch noch zu erhalten, ist es notwendig, daß vor Abschluß alle Ziegler, in denen seither ein Erfolg beobachtet wurde, nochmals agitatorisch bearbeitet werden. Wo dies nicht geschieht, wollen sich die Zieglerkollegen an die Zahlstellenleitung wenden.

Ferner werden die Zahlstellenleitungen ersucht, die Adressen der neu gewonnenen Zieglerkollegen, soweit sie im Winter in Lippe, in der Grafschaft Schaumburg und im Eichsfelde wohnen, an die Agitationsleitung einzusenden.

Die Agitationsleitung.

Das Kost- und Logiswesen in der Ziegelindustrie.

I.

Die Entwicklung des Zieglergewerbes vom Handwerk zur Industrie hat auch im Kost- und Logiswesen eine Wandlung zeitigt, die aber den Arbeitern nur ihre Ungunst zuwandte. Die Industrialisierung führte zur Vermehrung der Arbeitskräfte, deren Beköstigung und Einlogierung, Leitung und Beaufsichtigung nicht mehr in patriarchalischen Verhältnissen möglich war. Das Zusammenleben und -arbeiten von Meister und Gesellen verschwand, der Handwerksmeister avancierte zum Unternehmer, die Arbeiter wurden in Kasernen und Kantinen untergebracht und beschäftigt und von Betriebsbeamten beaufsichtigt. Die sozial rückständigen Arbeitsverhältnisse, in Verbindung mit der Saisonarbeit, nötigten zur Heranziehung fremder Arbeiter, zum Wanderarbeiterwesen.

Die mit der Führung der Wanderarbeiterkolonnen betrauten Vorarbeiter entwickelten sich allmählich zu Mittelpersonen zwischen Arbeiter und Unternehmer, und dann zu Zwischenunternehmern, die die gesamte Produktion in Afford übernehmen. Die Schmutzlohnunternehmer unter den Zwischenunternehmern, die durch die Aussicht, in etwa einem Jahrzehnt zum wohlhabenden Manne zu werden, noch besonders gefördert wird, sorgt aber dafür, daß die Affordpreise, zu denen die Zieglerproduktion vergeben wird, nicht allzu hoch gehalten werden. Im Gegenteil, diese sind in der Regel derart gedrückt, daß bei der Herstellung der Ziegel wenig oder gar kein Gewinn für den Zwischenunternehmer oder Zieglermeister erzielt wird. In solchen Fällen suchen sich die Zieglermeister auf andere Weise Gehalt zu halten, und zwar dadurch, daß sie ihr oft bedeutendes Einkommen durch Ueberverteilung der Arbeiter bei der Beköstigung, bei der Forderung von Wäzen, bei der Lohnberechnung und Lohnzahlung einstreifen. Die wirtschaftliche Entwicklung hat also in der Ziegelindustrie eine gegenteilige Wirkung hervorgerufen wie in anderen Industriezweigen: sie hat anstatt eine Verbesserung eine Verschlechterung des Kost- und Logiswesens gebracht.

Das Kost- und Logiswesen verhält, wie schon der Name andeutet, in zwei Gliederungen, nämlich in das Kost- und Kantinenwesen und in das Logis- und Unternehmernwesen.

Das Kost- und Kantinenwesen teilt sich wieder in zwei verschiedene Systeme, in das System der „Kommune“ und das der Beköstigung durch den Zieglermeister. Die „Kommune“, wie die gemeinschaftliche Beköstigung auf gemeinschaftliche Rechnung bezeichnet wird, unterscheidet wiederum zwei Arten, nämlich die Kommune, die von den Arbeitern, und die, welche von den Zieglermeistern verwaltet wird. Ersteres ist in der Regel nur bei ausbleibenden Wäzen, besonders bei Festkammern und Stämmen, anzutreffen. Die Küche wird hier meistens von der Frau eines Arbeiters geleitet. Der Einkauf der Waren geschieht durch den Führer oder Kassiermeister der Gruppe, der in der Regel den Wäzen eines Werkstätten oder Stammes leitet. Dieser verwendet auch die Kantinen, in dem Gelände und Gebirgsdörfern zum Selbstverdienst abgegeben werden, und legt ein Lohnlage der ganzen Gruppe fest. Die Art der Beköstigung ist unter den gegebenen Verhältnissen noch die beste, da sie eine Ueberverteilung der Arbeiter so ziemlich ausschließt.

Besonders anders liegen die Verhältnisse bei der Kommune, deren Verwaltung in dem Grunde des Zieglermeisters liegt. Hier ist die Kommune oft eine Quelle zur Verschönerung des Zieglermeisters. Der Meister besitzt die notwendigen Waren zur Beköstigung ganz nach seinem Gutdünken. Das Kochen wird meistens einem Jungen von 14 bis 16 Jahren überlassen, nur in einer geringen Anzahl von Fällen wird dies von der Frau des Meisters verrichtet. Die nötigen Vorräte werden von Kochen, vom Werkstättenführer oder einem anderen Arbeiter nach Belieben gemeinschaftlich eingekauft. Der Zieglermeister ist nun auch befähigt, den Arbeiter zum Schluß der Kampagne festzusetzen, oder aber nicht mehr festzusetzen, und wenn es geschieht, so läßt die Rechnungsbüchlein immer noch Kommode zu. Im Winter wird nur die Gelohnunternehmer für die einzelnen Wäzen angewandt, deren Angehörige von den Arbeitern nicht gezahlt werden kann. Das Zieglergewerbe kann nicht ganz nach Belieben die Rechnung zu seinen Gunsten gestalten. Der Winter Arbeiter erhaltende Gehalt wird den Arbeitern entzogen und den Unternehmern Lohn abgezogen. Es wird den

Arbeitern etwa ein „Mörgler“ vorhanden, der dem Meister zu sehr auf die Finger sieht, so kommt es nicht selten vor, daß dieser vor Schluß der Kampagne abgehoben wird. Wo sich dies aber nicht auf bewerkstelligen läßt, sind dies öfteren auch die Ziegleranten so liebenswürdig und helfen dem Meister aus der Verlegenheit, indem sie ihm für die gelieferten Waren eine zweite Rechnung ausstellen, die auf einen wesentlich höheren Betrag lautet und die dann den Arbeitern vorgelegt wird.

Außerdem erhalten die Zieglermeister in der Regel von den Ziegleranten für die von den Arbeitern konsumierten Waren bestimmte Prozente, die aber den Arbeitern fast ebenso regelmäßig vorenthalten werden. Aus diesem Grunde werden die Arbeiter auch oft von den Meistern verpflichtet, nur bei bestimmten Ziegleranten zu kaufen. Zuwiderhandlungen gegen diese Verpflichtung werden mit Schikanen aller Art und zuweilen auch mit Entlassung geahndet. So wurde in einer Ziegelei in Oberndorf a. O. ein Arbeiter entlassen, weil er sein Brot nicht von dem Bäcker entnahm, den der Zieglermeister als Lieferant bestimmt hatte. Aber nicht nur die fremden, sondern auch die einheimischen Arbeiter unterliegen mitunter dieser Bevormundung. In dem hannoverschen Gebiet der Unterelbe erhalten die einheimischen Arbeiter in einer Reihe von Orten und Betrieben anstatt des wöchentlichen Lohnes Kontobücher für Bäcker und Fleischer, für Kolonial- und Manufakturwarenhändler usw. Dadurch ist es diesen Arbeitern unmöglich gemacht, ihre Waren von dort zu beziehen, wo sie dieselben gut und preiswert erhalten, sondern sie müssen oft für ihr sauer verdientes Geld minderwertige Waren konsumieren.

Einen weiteren Vorteil sucht sich eine Anzahl Zieglermeister dadurch zu verschaffen, daß sie sich auf Kosten der Arbeiter eine ausgedehnte Viehzucht anlegt. In diesen Fällen wird bei der Kommune immer derart reichlich oder auch schlecht gelocht, daß stets genügend Schweinefutter vorhanden ist. Sollte dieses durch Zufälligkeiten einmal zur Neige gehen, so wissen sich findige Meister schon zu helfen. Es ist nämlich den Arbeitern in zahlreichen Fällen schon aufgefallen, daß der Koch immer dann das Essen anbrinnen ließ, wenn es an Schweinefutter mangelte. Die betreffenden Arbeiter gewannen dadurch die Ansicht, daß der Meister den jugendlichen Koch zur geeigneten Zeit absichtlich zu einer anderen Arbeit kommandierte, um das Essen möglichst ungenießbar zu machen. Es ist aber auch schon vorgekommen, daß von dem Meister Säcke voll Erbsen, Kartoffeln usw., die zur Kommune gehörten, den Schweinen verfüttert wurden.

Unter solchen Umständen gedeiht die meisterliche Viehzucht natürlich vorzüglich. So hatte der Meister der Ziegelei Bröhan u. Ko. in Brunshausen sechs Schweine, der Meister der Ziegelei Bartels u. Ko. in Gauenstiefersand sieben Schweine und etwa 60 Stück Federvieh und der Meister der Ziegelei von Borstel in Drochtersen sechs Schweine, zehn Gänse, zehn Enten und etwa dreißig Hühner in einer Kampagne gemästet, wovon die Arbeiter behaupteten, daß dies wesentlich auf ihre Kosten geschehen sei. Von Interesse ist dabei, daß zur selben Zeit bei dem zuletzt genannten Meister ein Arbeiter wegen der schlechten Kost auf ärztliche Anordnung die Arbeit aufgeben mußte. Die Kost bestand nach den Aussagen der Arbeiter vornehmlich aus Erbsen, Bohnen, Kohl und Pflaumen, wobei letztere nicht immer in genießbarem Zustande gewesen sein sollen. Dem jeweiligen Gericht aus Erbsen oder Bohnen sollen für 40 Personen nur vier Pfund Speck zugelegt worden sein. Dem Speck wurde von den Arbeitern nachgehakt, er ließe von selbst aus der Vorratskammer, wenn er nicht aufgehängt wäre.

Die Höhe des Gewinns, den die Zieglermeister auf diese Weise den Arbeitern abknöpfen, läßt sich ungefähr an folgendem Beispiel ermessen. In einer Ziegelei Westfalens hatte ein Arbeiter mit dem Meister eine friedliche Auseinandersetzung über den Kostenpunkt der Kommune, wobei auch die zunehmende Ueberverteilung der Arbeiter gestreift wurde. In dem Verteidigungsseifer, den der Meister daraufhin entwickelte, legte dieser das unbedachte Geständnis ab, daß ihn die Kommune für 27 Mann in 22 Wochen auf 800 Mk. zu stehen komme. Derselbe Meister berechnete aber dann am Schluß der Kampagne 65 Mk. pro Mann für die Kommune. Er hat also 27 x 65 Mk., das sind 1755 Mk., den Arbeitern abgezogen, während die Kommune nach seinen eigenen Angaben nur 800 Mk. kostete. Mühsam hatte der Meister an der Kommune 955 Mk. „verdient“. Von dem früheren gemeinschaftlichen Beköstigungssystem ist für die Arbeiter nur der Name „Kommune“ geblieben.

Wenn nun schon bei der Kommune, wo die Arbeiter noch ein sicheres Mithelbestimmungs- und Kontrollrecht haben, derartige Ueberverteilungen möglich sind, so stehen diese bei der Beköstigung durch den Zieglermeister in der Regel in voller Blüte. Hier sind dem Meister keinerlei Schranken gesetzt, Kontrolle hat er nicht zu fürchten, er kann walten nach Belieben. Die von der Frau Meisterin oder unter deren Aufsicht zurechtgemachte „Kost“ ist zwar billig, aber in der Regel auch ebenso schlecht. Die geringe Qualität der Kost — schwarzen Kaffee, Müllatz- und Abendessen — ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Vor allem ist es minderwertige, oft verderbene Ware, die meistens konsumiert wird; hat der Lieferant Waren, die er seiner Freundschaft nicht mehr anbieten kann, so läßt er sie einfach nach der Ziegelei bringen; für die „Zieglerbrüder“, heißt es oft, sind sie noch gut genug. Der Meister hat natürlich keine Zeit, die Qualität der Waren zu prüfen, um so weniger, als er dieselben zum wesentlich billigeren Preise erhält. Dann ist die Frau Meisterin aber auch befreit, mit dieser Ware möglichst schnell zu wirtschaften, denn sie will doch an der Kost auch noch verdienen. Bleibt das Essen dann von den Arbeitern ganz oder zum Teil unberührt, so hat sie obendrein nicht nur billiges Schweinefutter, sondern die Arbeiter sind auch gezwungen, andere Lebensmittel, wie Brot, Butter, Wurst, Speck usw., von dem Meister zu konsumieren.

Selbst sich ein Arbeiter erlauben, an der meisterlichen Kochkunst Kritik zu üben, so kann er in den meisten Fällen sein Bündel schnüren. Als Beweis sei folgender Fall angeführt. In einer Ziegelei in Westfalen bei Brandenburg a. G. erhielten die Arbeiter für 40 Pf. ein sogenanntes Mittagessen, bestehend aus Suppe und Fleisch. Die Fleischportionen waren jedoch so wenig, daß sich ein Arbeiter das Vorzügliche machte, dieselben auf ein Gericht zu rufen. Dabei ergab sich, daß vier Portionen zusammen 150 Gramm wogen. Einige Arbeiter, die auf dieses Mittagessen verzichteten und sich selbst beköstigen wollten, wurden entlassen. Durch derartige Ueberverteilungen entstehen auch nicht selten Streitigkeiten, die aber in der Regel für die Arbeiter einen ungünstigen Verlauf nehmen. So kam es in der Ziegelei Thale

in Nieberbellmar bei Kassel am 29. Mai 1910 hauptsächlich wegen der Beköstigung zwischen den Arbeitern und dem Meister zum Streit, in dessen Verlauf ein Arbeiter von dem Meister mit dem Revolver erschossen wurde.

Erhöhung der Dachziegelpreise.

Die Organisation der Zieglerarbeiter ließ kürzlich der „Zemindustriezeitung“ folgendes Zirkular beilegen:

An die Herren Dachziegelabrikanten!

Wie wir festgestellt haben, sind auf den Dachziegelabriken die Läger geräumt und werden vielfach lange Lieferfristen verlangt. Es ist infolgedessen an der Zeit, daß die Herren Dachziegelabrikanten Preiskonjessionen, die bisher etwa bestanden haben, fallen lassen und auf eine Aufbesserung der Preise Bedacht nehmen.

Sektion der Dachziegelabrikanten. Berlin NW 52, Mi-Moabit 110."

Mögen sich die Zieglerarbeiter dies zur Notiz nehmen und sich nicht von ihren „Herren“ beschämen lassen, sondern ebenfalls für eine Aufbesserung ihrer Preise Bedacht nehmen!

Arbeiterkifflo.

In der Rotherfischen Kunstziegelei in Liegnitz verunaufte dieser Tage ein Fernarbeiter beim Schiebersehen. Er brach das Schüsselbein und erlitt außerdem noch schwere Verletzungen am Kopfe. — Den Arbeitern das Risiko, den Unternehmern der Gewinn.

Liegnitz. Nicht Wort gehalten. Bekanntlich führten voriges Jahr die Arbeiter der Rotherfischen Ziegelei einen hartnäckigen Kampf um Erhöhung ihrer Löhne. Durch den Verrat der Hirsche ist dieser Kampf leider ohne den vollen Erfolg beendet worden. Immerhin hat sich die Firma „nals bequemem müssen, einige Zugeständnisse zu machen. Die Löhne sind schriftlich festgelegt worden. Obwohl der Betriebsleiter, Herr Michael, das Schriftstück selbst unterzeichnete, hält er doch die Vereinbarungen nicht ein. An der Mauerziegelpresse in der Talziegelei ist ein Lohn von 24 Pf. für Männer und 13 Pf. für Frauen pro Tausend Steine vereinbart worden. Herr Michael setzte die Preise willkürlich herab. Als voriges Jahr der Streit abgebrochen werden sollte, erklärte Herr Rother, daß er nicht alle Leute einstellen könne. Die Nichteingestellten sollten sich aber nicht als gemargelt betrachten, denn er stelle sie nur deswegen nicht ein, weil er einen Betrieb stehen lasse. Sobald er wieder Leute brauche, würden die Streikenden zuerst eingestellt. Die Streikenden verlangten diese Zusicherung schriftlich. Herr Rother sandte den Arbeitern eine diesbezügliche Erklärung und versah sie mit seiner Unterschrift. Auf Grund dieses Schriftstückes wurde der Kampf abgebrochen.

Die Zeit, wo die Leute eingestellt werden wollten, kam heran. Und wiederum zeigte sich, daß die Firma nicht Wort hielt, denn es wurden fremde Arbeiter angenommen, während man die Ausständigen immer zurückwies. So Herr Rother, der voriges Jahr immer auf den „Polack“ schimpfte, hat sich dieses Jahr 30 Polen in seine Werke kommen lassen. Alle Versuche, die Firma zur Einhaltung ihrer Vereinbarungen zu bewegen, waren erfolglos. Da aber unter der Arbeitererschaft infolge des vorjährigen Verhaltens der Hirsche Mutlosigkeit eingetrifft, ist auch seitens der Organisation nichts dagegen unternommen worden.

Daraus glauben die Herren nun schließen zu können, daß sie mit den Arbeitern nach Belieben umspringen dürfen. Kürzlich ist ein Arbeiter, der beim Umbau des Ofens beschäftigt war und dabei 29 Pf. Stundenlohn hatte, wegen einer kleinen Lohnzulage vorstellig geworden. Eine Antwort bekam der Arbeiter auf seine Bitte nicht, aber der Kontorist Voest sprang auf, packte den Mann und warf ihn zur Tür hinaus. Es ist also schon soweit gekommen, daß sich ein zehnjähriger Kontorangestellter derartiges erlauben darf. Vielleicht denkt dieser Herr Voest einmal an seine „Helbentat“, wenn auch er einen Tritt bekommt und aus Lohn und Brot gejagt wird. Möge dies eine Lehre für die Arbeiter sein. Mögen sie erkennen, daß ein Unternehmer weder mündliche noch schriftliche Zusagen hält, und daß alles glaubt, die Arbeiter treten zu können, wenn eine starke Organisation nicht vorhanden ist.

Aus dem Hessentaler Gipsgebiet. Vor einem Jahre hatte es den Anschein, als ob auch endlich die Arbeiterchaft der Hessentaler Gipswerke zur Erkenntnis ihrer Lage kommen würde. Es erfolgte die Gründung einer Zahlstelle, welche sich auch ganz gut entwickelte. Doch gleich nach der ersten Verammlung ging die Betriebsleitung der Madfchen Gipsfabrik vor, um die Arbeiter zu schrecken. Dies gelang zum Teil. Als jedoch diesen Sommer die Firma ersucht wurde, bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine Besserung zu schaffen, da hielt der Betriebsleiter Altmendinger im Einverständnis des Herrn Mad den Zeitpunkt für gekommen, zu einem Schlag gegen den Verband auszuholen. Der Vorarbeiter H. wurde kurzerhand entlassen unter Vorauszahlung seines Lohnes, weil er im Verdachte stand, bei der Eingabe an die Firma mitgewirkt zu haben. H. war einer der besten Arbeiter im Betriebe und seit 14 Jahren dort beschäftigt. Da die Firma beschloß, die Arbeiter würden für ihren entlassenen Kollegen Partei ergreifen, ließ man einige Tage später die Arbeiter aufs Bureau kommen, wo ihnen ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt wurde. Auf der einen Seite stand: „Ich erkläre meinen Austritt aus dem Verbands“, auf der anderen: „Ich erkläre meinen Austritt aus der Fabrik!“ So konnte jeder wählen was er wollte. Die Firma Mad wußte sehr gut, daß die meisten den ersten Passus unterschreiben würden, denn derart ausgesetzene Arbeiter, wie die in den Hessentaler Gipswerken, fühlen sich — und sind auch — verflacht für ihr ganzes Leben, denen kann das Kontrakt leicht geraut werden. Die Firma sagte sich, wenn die Agitation unter den Arbeitern im Betriebe noch mehr um sich greift, wird manches anders werden. Die im Verhältnis zur schweren Arbeit sehr niedrigen Tagelöhne im Madfchen Betriebe reichen zum Leben nicht aus. Herr Mad sonenig wie der Betriebsleiter Altmendinger wären nicht imstande, mit 32 Pf. eine Familie menschenwürdig zu ernähren. Der Arbeiterwechsel ist groß, wie in einem Taubenschlag geht es ein und aus. Dies hat zur Folge, daß die Ueberstundenkassette bis ins Ungemessene steigt, 12 bis 18 Stunden täglich sind an der Tagesordnung. Sonnabends arbeitet regelmäßig eine größere Anzahl Arbeiter bis 12 Uhr nachts. Bei Affordarbeit derselbe Zustand, sogar die Mittagspause wird durchgearbeitet. Wer das nicht mitmacht, kann keine Entlassung gewärtigen. Man muß die abgeradenen Gestalten gesehen haben, die sich oft kaum mehr auf den Füßen halten können. Infolge der Ueberarbeit war der Bierkonsum bis zu dem Zeitpunkt, wo durch die organisierten Arbeiter die Abschaffung des Biermarkenstystems verlangt wurde, ein sehr großer. Dieses Vorgehen erregte aber den Born des Betriebsleiters Altmendinger. Bis zu 18 Mk. in 14 Tagen verbrauchten einige Arbeiter allein für Bier, welcher Betrag ihnen vom Lohn abgezogen wurde. Bezeichnenderweise war unter der Arbeiterchaft die Meinung verbreitet, daß die größten Bierkonsumenten beim Betriebsleiter besser angefahren seien. Ob dies richtig ist, wollen wir nicht untersuchen, ebenso ob bei dem großen Alkoholverbrauch ein Gewinn für den Kantinenhaber herauskam, aber jeder richtig denkende Mensch wird die Notwendigkeit auf Aenderung solcher Zustände anerkennen. Es ist ein Zeichen der ungemessenen Willkür, wenn diese Bestreben so beantwortet wird, wie die Firma Mad es tat. Bekämpfung guten Trinkwassers, Erhöhung der Löhne, damit die Arbeiter irdenuliche Nahrung zu sich nehmen können, das wäre besser gewesen als Gewaltmaßregeln. Ende Juli hat eine größere Anzahl Studierender der Technischen Hochschule in Stuttgart den Madfchen Betrieb besichtigt und wurde dieser Besuch vom „Haller Tagblatt“ in einem spaltenlangen Artikel gefeiert und Herr Mad als Held des Tages im Bewerten, Deklamieren, Singen und Tanzen gefeiert. Es wurde besonders auf die Millionen Gipsdielen und auf die 76 Millionen Kilogramm Gips hingewiesen, die dort im letzten Jahr erzeugt wurden. Gut wäre es auch gewesen, wenn man dabei gleich erwähnt hätte, unter welchen Umständen diese Produktion zustande kommt. Zur Illustration hätte man auch einen der ausgemergelten Gipsarbeiter heranziehen sollen, das hätte sicherlich manchen der studierenden Herren zum Nachdenken veranlaßt. Ob die Arbeiter ihre unwürdige Lage, in die sie hineingetrieben wurden, auch erkennen werden? Es ist zweifelhaft! Erst müßten sie zur Einsicht kommen, daß sie Menschen und keine Arbeitstiere sind, und sie demnach auch Rechte geltendmachen können. Möge die Firma den Bogen nicht zu straff spannen, er könnte sonst doch einmal platzen. Zum Schluß möchten wir noch den Wunsch aussprechen, daß die Gewerkschaften sich mal diesen Betrieb erkundlich ansehen möchte, vielleicht ist dies ohne Führung des Direktors möglich.